

Wöchentlich 85 Bl. monatlich 3.60 M. im Voraus zahlbar. Postzeitung 4.32 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitung 5.00 und 72 Bl. Postzeitungsgebühren. Auslandabonnament 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Morgenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Zusätzliche Beilagen: „Welt und Zeit“, „Fremde Stimmen“, „Tehel“, „Blitz in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Köhnhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. D. S. G. e. V., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Donnerstag
20. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Kompensationszelle 60 Bl. Postzeitung 4.— M. „Kleine Welt“ das seitgedruckte Wort 23 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Welt und Zeit“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Fremde Stimmen“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Tehel“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Blitz in die Arbeiterwelt“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Jugend-Vorwärts“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. „Stadtblätter“ das seitgedruckte Wort 13 Bl. Postzeitung 5.00 M. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Umlagen vor!

Wendung im Gemeindefonflikt?

Freitag neue Verhandlungen.

Western vormittag empfing der Reichsminister im Beisein des Reichsarbeitsministers und des Reichsfinanzministers die Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zur Besprechung standen die Schwierigkeiten in den Gemeinden, die sich als Folge der Notverordnung ergeben haben. Nach dieser Besprechung ist vom Reichsarbeitsminister die Erklärungsfrist zu seinem Vorschlag über die sogenannte Angleichung der Löhne der Gemeindegewerkschaften bis Freitagabend verlängert worden. Gleichzeitig hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu neuen Besprechungen auf Freitagvormittag 10 Uhr geladen.

Die Reichsarbeitskommission der Gemeindegewerkschaften, die sich aus den Bezirksvertretern der Gemeindegewerkschaften aus dem ganzen Reich zusammensetzt, trat gestern nachmittags 1 Uhr zusammen, um zu dem bisherigen Vorschlag des Reichsarbeitsministers Stellung zu nehmen. Unter den Vertretern gab es darüber nur eine Stimme: unannehmbar! Da jedoch der Reichsarbeitsminister die Parteien zu neuen Verhandlungen geladen hat, wurde von einer Beschlussfassung Abstand genommen. Die Reichsarbeitskommission beschloß, in Berlin verbleiben zu bleiben, um sofort nach den Verhandlungen am Freitag einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Die Reichsarbeitskommission hat die Haltung der Unterhändler festgestellt. Angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage der Gemeinden, an der sie keine Schuld haben, wären die Gemeindegewerkschaften bereit, ein nochmaliges Notopfer auf sich zu nehmen, wenn dieses Notopfer sich in erträglichen Grenzen hält und als solches auch ausdrücklich anerkannt wird. Nicht nur in ihrem eigenen Interesse und dem ihrer Familien, sondern auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft können die Gemeindegewerkschaften, denen man bereits im Frühjahr die Löhne um 8 Proz. gekürzt hat, nicht einem nochmaligen definitiven Lohnabbau zustimmen. Die sogenannte Angleichung unvergleichbarer Löhne ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein ungeheurer und unerträglicher Lohnabbau.

Über einstimmig berichteten die Vertreter der Gemeindegewerkschaften, daß die Erbitterung unter den Arbeitern aufs höchste gestiegen ist und daß ein Lohnabbau, wie er infolge der sinnlosen Vorschriften der Notverordnung eintreten soll, bei seiner Durchführung unvermeidlich zu Arbeitskämpfen führen muß.

In der bürgerlichen Presse werden über den Konflikt immer wieder falsche Nachrichten und Behauptungen verbreitet. So wird auch von einem „Ultimatum“ gesprochen, das der Reichsarbeitsminister den Gemeindegewerkschaften gestellt habe und von einem Vorschlag des Reichsarbeitsgebersverbandes. Unsere Leser wissen, daß bei Fällung eines Schiedsspruches oder wenn die Schlichtungsinstanz einen Vorschlag macht, den Parteien eine Erklärungsfrist gestellt wird, innerhalb der sie sich zu dem Vorschlag oder zu dem Schiedsspruch zu äußern haben. Das hat mit einem „Ultimatum“ nichts zu tun. Im vorliegenden Fall wird übrigens selbst die Verlängerung der Erklärungsfrist gegenstandslos, weil vor Ablauf der Frist neue Verhandlungen angesetzt sind. Es ist mindestens überflüssig, die aufs äußerste angespannte Situation durch solche Nachrichten zu verschärfen.

In der Reichspressen wird trotz unserer klaren Darlegungen immer wieder mit falschen Zahlen operiert. Es werden immer wieder den Gemeindegewerkschaften höhere Löhne andiichtet, als sie tatsächlich haben, und dagegen die Löhne in der Privatindustrie noch niedriger angesehen, als sie es ohnehin schon sind. Außerdem operiert man mit den angeblich besonders hohen Löhnen der Arbeiter der Bewag, die bei dem Konflikt gar nicht in Frage kommen, denn die Angleichung der Löhne betrifft nur die Arbeiter in den Gemeindegewerkschaften und solchen, bei denen die Mehrheit des Aktienkapitals sich in den Händen der öffentlichen Hand befindet. Das ist bei der Bewag bekanntlich nicht mehr der Fall.

Man scheint sich in der bürgerlichen Presse immer noch keine Rechenschaft abzugeben von der Schwere und der Schärfe des Konflikts, sonst würde man wohl etwas vorsichtiger sein. Von einer Entspannung der Situation kann nicht gesprochen werden, solange nicht neue Vorschläge vorliegen.

Man scheint sich in der bürgerlichen Presse immer noch keine Rechenschaft abzugeben von der Schwere und der Schärfe des Konflikts, sonst würde man wohl etwas vorsichtiger sein. Von einer Entspannung der Situation kann nicht gesprochen werden, solange nicht neue Vorschläge vorliegen.

Das Gutachten von Basel.

Forderungen der Finanzfachverständigen.

Die Paris-Londoner Doppelkonferenz vom 17. bis 22. Juli war nötig geworden, um die Zurückziehung ausländischer Kredite aus Deutschland aufzuhalten. Die Konferenz hatte mit der Feststellung gendert, daß bei der nun einmal vorhandenen Erschütterung des Vertrauens eine Kredithilfe in Anleiheform nicht möglich, die dringendste Aufgabe aber die Einstellung der ausländischen Kreditabzüge aus Deutschland sei. Zur technischen Durchführung dieses Beschlusses berief die Konferenz der Staatsmänner einen Ausschuss von Bankleuten mit der Aufgabe, ein Abkommen über die Stillhaltung deutscher Kredite zustande zu bringen und beauftragte ihn zugleich, einen Bericht über die zur Sanierung der deutschen Wirtschaft notwendigen Maßnahmen abzufassen. Dieser Bericht, verfaßt von dem Engländer Layton und unterzeichnet von allen unter dem Vorsitz des Amerikaners Wiggins in Basel versammelten Bankiers, wurde gestern früh fertiggestellt und dem englischen Ministerpräsidenten als Vorsitzenden der Londoner Konferenz überhandt; zugleich wurde das Stillhalteabkommen zwischen dem deutschen Unterhändler der Bankwelt, Melchior, und den Vertretern des ausländischen Finanzkapitals abgeschlossen.

Dieses Stillhalteabkommen ist ohne Beispiel in der Geschichte des Kapitalismus. Es organisiert über Staatsgrenzen und Kontinente hinweg die Bewegung, das heißt, genauer gesagt, die Nichtbewegung des Kapitalstromes. Ein halbes Jahr lang 5,6 Milliarden Mark ausländischer Kredite nicht aus Deutschland zurückzuziehen, verpflichten sich amerikanische (für 37 Proz. dieser Summe), englische (20 Proz.), schweizer (14 Proz.), holländische (6 1/2 Proz.), französische (2,2 Proz.), schwedische und andere Bankiers. Der natürliche Kreditabzug wird gedrosselt, um den Zusammenbruch des Kapitalismus in Deutschland aufzuhalten, eigene Verluste dabei zu vermeiden und Zeit zu gewinnen für die Beseitigung der politischen Ursachen der Krediterschütterung.

Aus diesem Grund sehen die Sachverständigen in immer wiederholten Wendungen auseinander, daß die politischen Ursachen für die internationalen Wirtschaftstörungen, d. h. die Kriegsschulden, beseitigt werden müssen, um zu einem normalen Funktionieren des Weltwirtschaftsorganismus zu kommen. Sie erklären, daß es theoretisch zwei Mittel gäbe, durch die Deutschland ohne fremde Hilfe saniert werden könnte. Der eine Weg wäre die weitere Veräußerung deutscher Auslandsaktiven. Diesen Weg lehnen sie ab, weil diese Anlagen zum Teil nicht realisierbar seien, zum Teil zum normalen Funktionieren des deutschen Handels gebraucht würden. Hinter diesen Argumenten steht der Gesichtspunkt der ausländischen Bankiers, daß sie selbst Bewalter dieses Eigentums sind und es ihnen nichts nützen würde, wenn es ihnen zur Begleichung deutscher Schulden entzogen würde; das Finanzkapital will zudem keine staatlichen Eingriffe in seine Sphäre. Als zweiter theoretischer möglicher Weg wird die Drosselung der Einfuhr und die Forcierung der Ausfuhr genannt. Die Baseler Bankiers geben die Schätzungen des deutschen Statistischen Reichsamtes wieder, die klar zeigen, daß die Entwicklung bereits diesen Weg eingeschlagen hat. Auch um seinen Auslandsverpflichtungen nachzukommen, ist die deutsche Einfuhr von 13,6 Milliarden in 1929 auf 10,6 Milliarden in 1930 heruntergegangen und wird voraussichtlich für 1931 auf 6,3 Milliarden sinken. Die deutsche Ausfuhr ist zwar auch zurückgegangen, aber nur in wesentlich geringerem Grade, von 13,6 Milliarden in 1929 auf 12,1 Milliarden 1930 und auf (voraussichtlich) 9,3 Milliarden in 1931. Während also Ein- und Ausfuhr 1929 sich ausglich, entstand bereits 1930 ein Ausfuhrüberschuß von 1 1/2 Milliarden, der vermutlich auf 3 Milliarden in diesem Jahr steigen wird. Die Weltbankiers zeigen der Industrie und dem Exporthandel ihrer eigenen Länder, welche Wirkung die deutschen Ausfuhrüberschüsse auf die Dauer für sie haben muß. Sie erklären es „im allgemeinen Interesse für höchst unerwünscht, daß Deutschland gezwungen würde“, eine derartige Ausfuhrpolitik zu treiben. Haben so die Bankiers ihr eigenes und das Interesse der

Bethlen zurückgetreten.

Außenminister Julius Karolyi bekräftigt. — Annäherung Ungarns an Frankreich.

Budapest, 19. August. (Eigenbericht.)

Die Regierung Bethlen ist am Mittwoch völlig unerwartet zurückgetreten. Der Reichsverweser Horthy nahm den Rücktritt des Kabinetts an und beauftragte den bisherigen Außenminister Graf Julius Karolyi mit der Bildung des neuen Kabinetts. Der bisherige Finanzminister lehnte einen entsprechenden Auftrag des Reichsverwesers ab.

Der Rücktritt des Kabinetts Bethlen ist hauptsächlich auf außenpolitische Momente zurückzuführen und steht im engen Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen Ungarn und Frankreich. Zuverlässig verlautet, daß die französische Regierung, mit deren Hilfe Ungarn angefangen seiner katastrophalen Wirtschaftslage schon seit Monaten rechnet, in letzter Zeit in Budapest wiederholt Vorstellungen in dem Sinne erhoben hat, daß sie in der Regierung Bethlen keine genügende Garantie für die von ihr geforderte Hilfe sieht. Die französische Regierung soll bei diesen Vorstellungen zugleich von dem Gedanken einer Annäherung der kleinen Entente an Ungarn befehle gewesen sein.

Graf Bethlen erklärte am Mittwoch, daß er zur Zeit ruhebedürftig sei und in der neuen Regierung ein Amt nicht mehr übernehmen werde. Inwieweit er zu diesen Erklärungen stehen wird, bleibt abzuwarten.

Mehr als zehn Jahre hat Graf Bethlen über Ungarn regiert als Exponent jener zahlenmäßig kleinen reaktionären Aristokratenclique, die die gesamte innere und äußere Politik Ungarns ihren eigenen Interessen unterordnete.

Aber die Weltkrise, durch die Agrarkrise besonders verschärft, hat das Land an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht. Die Industrie ist kollabiert, zum Teil stillgelegt (dabei kommt das reaktionäre Ungarn nicht einmal eine staatliche Arbeitslosenunterstützung!). Alle großen ungarischen Banken sind illiquide. Deshalb bewog die Budapest Regierung den Danabank und die von der

Reichsregierung verfügten Bankfeiertage und Börsenschließung, um ihrerseits die gleichen Maßnahmen anzuordnen.

In noch viel höherem und dringlicherem Maße als Deutschland benötigt Ungarn schnellstens ausländische Kredite. Seine bisherige auswärtige Politik war rein nationalistisch. Die Beziehungen zu den Nachbarn der Kleinen Entente waren die denkbar schlechtesten. Dafür baute man ausschließlich auf die Freundschaft mit dem faschistischen Italien. Das brachte Ungarn in Gegenzug nicht nur zu Jugoslawien und zur Tschechoslowakei, sondern auch indirekt zu Frankreich.

Seit der Frankensälzungsaffäre des Fürsten Windischgrätz, in die die Familie Bethlen, vor allem ein Sohn des Ministerpräsidenten, arg verwickelt gewesen ist, war Graf Bethlen in Paris schlecht angesehen.

Die finanzielle und wirtschaftliche Not treibt aber Ungarn in die Arme des Landes, das gegenwärtig allein reich genug ist, um ihm durch Kredite und Anleihen zu helfen. Das ist nicht Italien, sondern Frankreich.

Bethlen ist diesem dringenden Geldbedürfnis Ungarns, das nur Frankreich befriedigen kann, geopfert worden. Ob damit ein grundsätzlicher Wechsel in der ungarischen Außenpolitik verbunden sein wird, bleibt noch abzuwarten. Wahrscheinlich wird aber die Pariser Regierung ihre Mitwirkung an der Rettung Ungarns davon abhängig machen, daß Ungarn gewisse Garantien außenpolitischer Natur dafür gibt, daß es sich nicht länger zum Werkzeug Italiens in Südosteuropa gebrauchen läßt. Es scheint übrigens, daß auch in Ungarn selbst starke Kräfte am Werke sind, denen eine solche außenpolitische Kursänderung durchaus sympathisch wäre.

An dem innerpolitischen System, d. h. an der aristokratischen Oligarchenwirtschaft Ungarns dürfte sich allerdings nichts ändern: ein Graf ist eben durch einen andern ersetzt worden. Aber die Kräfte bleiben noch wie vor an der Spitze und wird weiter dem arbeitenden Volk die elementarsten politischen und sozialen Rechte vorenthalten.

Industrie an der Vermeidung dieser beiden Wege dargestellt, so gehen sie dann dazu über, einen dritten Weg aus der Krise aufzuzeigen. Sie sagen in den Worten der Londoner Konferenz, daß der Mangel an Vertrauen zu Deutschland „durch die wirtschaftliche Lage des Landes nicht gerechtfertigt ist“. Sie fügen hinzu, daß auch die Staatsfinanzen keine Ursache für die Krediterschütterung darstellen. „Die gegenwärtige Regierung hat unter schwierigen Verhältnissen den Beweis ihrer Entschlossenheit geliefert, Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine gesunde Basis zu stellen; wenn diese Politik streng fortgesetzt wird, wird sie entschieden dazu beitragen, Deutschlands Kredit zu stärken.“ Es sind also weder die deutschen Staatsfinanzen, noch die deutsche Wirtschaft, die nach Ansicht der Bankiers die Erschütterung des Vertrauens rechtfertigen, sondern es sind zwei grundlegende Schwierigkeiten anderer Natur. Das eine ist ihrer Ansicht nach das politische Risiko, das mit Kreditanlagen in Deutschland verbunden ist. Es ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt gegeben, solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhen. Das ist eine Mahnung, nach allen Seiten politische Abenteuer zu unterlassen, eine Wendung gegen nationalsozialistische Außenpolitik, mag sie kommen von Deutschland oder von Frankreich oder sonst einem Lande.

Dann erklären die Bankiers aber, daß die äußeren Verpflichtungen Deutschlands sich so lawinenartig erhöhen, daß ausländische Geldgeber die Lage in Deutschland nicht als gefestigt ansehen können. Solange nicht zu übersehen sei, wie sich die künftige Lage Deutschlands entwickeln wird, bestiehe ein sehr ernstes Hindernis für die Gewährung neuer kurzfristiger Kredite oder für die Aufnahme einer langfristigen Anleihe. Deshalb erklären die Bankiers, daß vor Ablauf der sechs Monate dafür gesorgt werden muß, daß die von Deutschland zu leistenden internationalen Zahlungen die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität nicht mehr gefährden. Publikum und sie selbst könnten Vertrauen in die wirtschaftliche Weiterentwicklung nicht haben, solange die Welt zwei einander widersprechende politische Prinzipien verfolgt: „Es ist ein internationales finanzielles System entwickelt worden, das die jährliche Zahlung großer Summen von Schuldner an Gläubigerländer zur Folge hat; gleichzeitig aber sind der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg gelegt worden.“ Solange diese Hindernisse bestehen bleiben, müssen „derartige Kapitalbewegungen — Kriegsschuldenzahlungen — naturgemäß das finanzielle Gleichgewicht stören. Mit den Argumenten der Freihandelslehre also wenden sich die Bankiers gegen die politische Verschuldung und schließen ihren Bericht mit der „ernsten Mahnung an alle beteiligten Regierungen, unverzüglich eine Lage zu schaffen, um durch neue Finanztransaktionen Deutschland und dadurch der Welt die so dringend nötige Hilfe zu bringen.“

Das Baseler Abkommen hält durch die Stillhaltung eine Verschlechterung der Lage Deutschlands und der Welt auf. Der Baseler Bericht bereitet die Beseitigung einer Krisenursache vor: das Finanzkapital hat begonnen, die Richtigkeit der sozialistischen Forderung auf Streichung der Kriegsschulden einzusehen und zu bekennen. Es ist die Aufgabe der deutschen Reichsregierung, durch eine feste Politik der Verständigung der wirtschaftlichen Vernunft endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Hugenberg und die Bankenkontrolle. Deutschnationales „Wirtschaftsprogramm“! — Die Arbeitslosen sollen hungern.

Unter dem Titel „Auf dem Wege zum Staatssozialismus“ feht sich die deutschnationale Pressestelle in programmatischer Form mit den bank- und finanzpolitischen Absichten der Reichsregierung auseinander. Selbstverständlich lehnt Herr Hugenberg die Einrichtung einer Banken- und Kreditkontrolle ab und will höchstens die staatliche Aufsicht über gewisse Banken als vorübergehende Maßnahme zulassen.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß Herr Hugenberg eine Kontrolle seiner Kreditgeschäfte nicht wünscht. Wenn aber dann gesagt wird, daß eine staatliche Bankenkontrolle den Ausgangspunkt für neue Korruption und parteipolitische Reihwirtschaft bedeute, so müssen wir wirklich fragen, ob in irgendeinem System die Korruption und Reihwirtschaft größer sein kann, als in einer Privatwirtschaft, die systematisch den Staat für Sonderinteressen in Anspruch nimmt.

Natürlich ist Hugenberg auch ein rücksichtsloser Verteidiger der Hausbesitzerinteressen. Er wendet sich grundsätzlich gegen jede Reform der Hauszinssteuer, die den Hausbesitzern keine Bereicherung bringt. Dabei kommt die deutschnationale Pressestelle zu folgender klaffenden Formulierung: „Der steuerliche Ausfall, den Länder und Gemeinden durch eine Reform der Hauszinssteuer erleiden, würde durch die Senkung der Beiträge, die heute für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgebracht werden müssen, sowie durch erhöhte steuerliche Einnahmen, die aus der dann aufblühenden Wirtschaft fließen, mehr als ausgeglichen werden.“

Hugenberg will also die Arbeitslosen verhungern lassen, damit die Rente der Hausbesitzer steigt, und dann mag der Staat zusehen, wie er die bereicherten Kapitalisten zu größeren Steuerleistungen veranlaßt. Ein probales Programm!

Der stellvertretende Leiter der GPU Menning ist durch Beschluß des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion seines Amtes enthoben worden. Menning ist dem Außenhandelskommissariat zugeteilt worden. Welche Gründe dieser Maßregelung zugrunde liegen, ist unbekannt. Gründe bisher unbekannt.

Das Hafent Kreuz als Landplage.

Ein Reichsgerichtsentcheid. — Württemberg unter Terror.

Im Kampfe gegen die politischen Ausschreitungen, um mit den Worten der Rotverordnung zu sprechen, bemühen sich einige Polizeibehörden, den hafentkreuzerischen Schimpfkanonen Einhalt zu gebieten. Sie tun das jedoch in ständiger Gefahr, vom Reichsgericht verurteilt zu werden, dessen Mitglieder in stolzer Erhabenheit über dem politischen Kleinrieg zu thronen glauben. Das gleiche Reichsgericht, in dem fast jede Woche eine Verurteilung von Kommunisten wegen „literarischen Hochverrats“ erfolgt, ist unter Umständen auch sehr nachsichtig.

Neuerdings hatte das Reichsgericht über eine Beschwerde des „Bötkischen Beobachters“ zu entscheiden, der von der Münchener Polizeidirektion auf vier Wochen verboten war, weil er die Polizei beschimpft hatte. Das Reichsgericht lehnte die Verbotsdauer herab und gibt dazu eine Begründung, die fast wie das Plädoyer eines Verteidigers ammutet.

So findet das Reichsgericht beispielsweise in der Battenüberschrift „Die Polizei sieht der roten Nordheide ruhig zu!“ nicht etwa den Vorwurf der Pflichtvergessenheit, sondern es meint, daß die Nationalsozialisten wegen der fortwährenden Zusammenstöße mit Kommunisten einen gewissen Anspruch auf verschärfte Schutz hätten. Wörtlich heißt es dann, geradezu beleidigend für die Münchener Polizeibehörde, die den „Bötkischen Beobachter“ verboten hat:

„Die in den Artikeln des „Bötkischen Beobachters“ geschilderten Vorgänge ergeben einen Tatbestand, aus dem ein gewisser Gleichmut der fraglichen Polizeistelle gegen das von anderen als sehr gefährlich angesehene Handeln der Kommunisten herzufließen ist.“

Auch in dem Wort „Polizeiterror“ erblickt das Reichsgericht keine Beschimpfung. Das Wort Terror habe „durch den seit längerem infolge der aufgeregten Zeitverhältnisse häufigen Gebrauch bei allen möglichen Vorgängen den früher mit ihm zwangsläufig verbundenen Inhalt verloren.“ Ebenso sei die Kritik des „Bötkischen Beobachters“ an dem polizeilichen Vorgehen gegen die Bewachung des Münchener Braunen Hauses nicht so weit über das Maß ruhiger Sachlichkeit hinausgegangen, daß sie eine Beschimpfung der Polizei darstelle.

Die Begründung des Reichsgerichts enthält schließlich noch die Mahnung an die Behörden, bei der Festsetzung einer Verbotsdauer für den „Bötkischen Beobachter“ auf dessen Eigenschaft als Zentral- und leitendes Organ der NSDAP. in dem Sinne besondere Rücksicht zu nehmen, daß in diesem Falle auch bereits ein kurzes Verbot eine ernste Maßnahme darstelle!

Die Zustände in Württemberg.

Stuttgart, 19. August. (Eigenbericht.)

In dem in Ulm erscheinenden Raziblatt hat der Reichstagsabgeordnete Dreher unmaßvolle Behauptungen über den finanziellen Stand des Ulmer Konsumvereins aufgestellt. Der Konsumverein erwirkte gegen Dreher in dessen Eigenschaft als Verleger eine einstweilige Verfügung, durch die Dreher die Weiterverbreitung der falschen Behauptungen untersagt wird. Außerdem wurde er zu den Kosten verurteilt. Aber weder Dreher noch der Raziernlag haben Geld, so daß jetzt zur Pfändung der Büromöbel geschritten werden mußte.

Uebrigens wird Dreher in der nächsten Zeit nach München ins Braune Haus überstellt.

Der Präsident der württembergischen Landesversicherungsanstalt, der Zentrumsabgeordnete Andre, veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der NS-Kurier hat mich verdächtigt, ich habe unberechtigterweise eine mir nicht zustehende Urlaubsbefreiung in Höhe von über 10 000 Mark von der Landesversicherungsanstalt Württemberg ausbezahlt lassen. Weiter erhebt der Artikel eine Reihe von Vorwürfen gegen meine Geschäftsführung. Hierzu erkläre ich: Ich habe den Artikel des NS-Kurier dem württembergischen Wirtschaftsministerium und dem Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörden der Landesversicherungsanstalt Württemberg zur Prüfung der in ihm gegen meine Person und meine Geschäftsführung enthaltenen Vorwürfe übergeben. Während des Laufs der Untersuchung, deren Ergebnis ich mit aller Ruhe entgegensehen kann, muß ich mich einer Äußerung in der Öffentlichkeit enthalten.“

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ folgert aus dieser Erklärung, daß in der Landesversicherungsanstalt eine Razielle existiert, zu deren Bestand Herr Andre durch seine Personalpolitik beigetragen habe.

Unter den Marschgefangenen, mit denen die Hafentkreuzhorden bei ihren Bürgerkriegsübungen durch das Land marschieren, befindet sich ein Lied, von dem eine Strophe lautet:

Wenn der Sturmsoldat zu Felde zieht,
Dann hat er frohen Mut!
Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt,
Dann geht's noch mal so gut!

Gegen Mitglieder einer SA-Abteilung, die dieses Lied kürzlich bei einem Marsch durch Derendingen bei Tübingen sangen, wurde Strafantrag gestellt. Nicht nur auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten), sondern vor allem auf Grund der Rotverordnung gegen politische Ausschreitungen schien strenge Verurteilung geboten. Was aber tat das zuständige Tübinger Schöffengericht? Es nahm lediglich groben Unfug (!) an und verhängte gegen einige Angeklagte Geldstrafen in Höhe von 15 Mark.

Nicht nur die Justiz versagt in Württemberg, auch die Verwaltungsbehörden, die dem Staatspräsidenten Volz unmittelbar unterstellt sind, sind in der Abwehr der nationalsozialistischen Ministerarbeit sehr zurückhaltend, während sie mit Maßnahmen gegen andere Parteien nicht sparen. In dem um Stuttgart gelegenen Oberamtsbezirk Stuttgart-Um finden in der letzten Zeit mehrfach Raziernmärsche und Feldübungen der Nazis statt, bei denen es fast regelmäßig nicht nur zu nächtlichen Ruhestörungen, sondern auch zu Ueberfällen auf einzelne als Republikaner bekannte Persönlichkeiten kam. Um tollsten war der Ueberfall einer solchen Horde auf das Haus des Reichsbannerleiters in Stuttgart. In Presseerörterungen, die sich an diesen Vorgang angeschlossen, konnten die National-

sozialisten ohne Widerspruch die Behauptung aufstellen, daß ihre Aufmärsche vom Landratsamt Stuttgart-Um in vorgegebener Weise genehmigt worden seien.

Es ist nun kennzeichnend, daß diese Aufmärsche trotz der vorerwähnten Robellen und Zusammenstöße auch weiterhin in jeder Nacht zum Sonntag ungehindert stattfinden können. Dagegen hat das Landratsamt eine für Sonnabendabend nach Echterdingen einberufene öffentliche sozialdemokratische Versammlung, in der Landtagspräsident Pflüger sprechen sollte, kurzerhand in Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit verboten. Liegt hier die Parteinahme zugunsten der Hafentkreuzer offen zutage oder nicht?

Schimpfbold Wagner verurteilt.

Bochum, 19. August. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Wagner wurde am Mittwoch wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat eine lange Vorgeschichte, die wieder einmal zeigt, wie verschiedenartig heute in unserer Justiz Recht gesprochen wird.

Im April 1929 erschienen in der nationalsozialistischen Zeitung „Die neue Front“ Artikel, für die der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Wagner-Bochum verantwortlich zeichnete. Die Artikel enthielten schwere Beleidigungen und Ehrenkränkungen für den Rechtsanwalt Dr. Levy-Essen, der gegen Wagner ein Verfahren wegen öffentlicher Beleidigung anstregte. Durch Urteil des erweiterten Schöffengerichts in Essen vom 12. August 1930 wurde Wagner wegen Beleidigung in Tateinheit mit Uebler Nachrede zu einem Monat Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Wegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Später erfolgte durch Urteil der Strafkammer in Essen vom 3. Oktober 1930 Freispruch des Angeklagten, da die Strafkammer die Auffassung vertrat, daß der Nachweis der Täterschaft gemäß §§ 20 und 21 des Preßgesetzes nicht vollbracht sei. Die Revision des Staatsanwalts und des als Nebenkläger zugelassenen Rechtsanwalts Dr. Levy führte dann dazu, daß das Reichsgericht am 30. März 1931 das freisprechende Urteil aufgehob und die Sache zur nochmaligen Verhandlung nicht an das Landgericht in Essen, sondern an das Landgericht in Bochum verwies. In der Hauptverhandlung fehlte der Angeklagte Wagner, weil er offenbar nach den Gründen des reichsgerichtlichen Urteils eingesehen hatte, daß seine Stellung nicht zu halten war. Seine Berufung wurde infolgedessen ohne weiteres verworfen, wodurch das erstinstanzliche Urteil, das auf einen Monat Gefängnis lautete, rechtskräftig geworden ist.

Die zur Hauptverhandlung geladenen Zeugen Terhoven, Jülens und Siepmann, alle führende Mitglieder der Nazi-Partei, waren der Verhandlung ebenfalls ohne jede Entschuldigung ferngeblieben. Das Gericht nahm sie dafür in Ordnungstrafe.

Noch einer . . .

Bonn, 19. August. (Eigenbericht.)

Die Bonner Strafkammer verurteilte den nationalsozialistischen Agitator Freiherrn von Eiz wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 2 Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten von Berlin Jürgel zu 100 M. Geldstrafe.

Eiz hatte in einer Wahlversammlung im September vorigen Jahres behauptet, Jürgel habe während der Revolution im November 1918 in Trier in einer öffentlichen Versammlung vor Zuschauern, Justizbeamten und betrunkenen Matrosen eine Hejrede gehalten. Außerdem habe sich von Eiz einer Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform schuldig gemacht, indem er die Demokratie als Schwindel und Betrug bezeichnet, von einem Betrug der November-Republik rede.

In erster Instanz war der Hejrer freigesprochen worden, weil das Gericht den amtlichen Bericht der die Versammlung überwachenden Polizeibeamten als „nicht beweiskräftig“ ansah.

Hitler schließt aus.

Bremerhaven, 19. August.

Nach einer Bekanntmachung Adolf Hitlers im „Bötkischen Beobachter“ ist die Ortsgruppe Unterweser der NSDAP aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Maßnahme liegen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten personeller Art innerhalb der Ortsgruppe zugrunde. In einem Flugblatt, das sich mit diesen Vorgängen beschäftigt, wird betont, daß nachdem die Hauptstützen des bisherigen Systems erledigt seien, der Kampf fortgesetzt werde.

Franzen verläßt Braunschweig.

Braunschweig, 19. August.

Dr. Franzen beabsichtigt, sich in Kiel niederzulassen. Er hat bereits bei den zuständigen Stellen in Kiel Antrag auf Zulassung als Rechtsanwalt gestellt. Ein genauer Zeitpunkt für den Wegzug des Ministers aus dem politischen Leben läßt sich noch nicht bestimmen, solange der braunschweigische Landtag nicht zu der Amtsniederlegung Franzens Stellung genommen hat. Das kann nicht vor dem 15. September, geschehen. Einstweilen führt er als „geschäftsführender“ Minister die Diktatorverordnungen Brünings aus, die er als ordentlicher Minister angeblich verabscheut.

Stickstoffkampf oder neues Weltkartell?

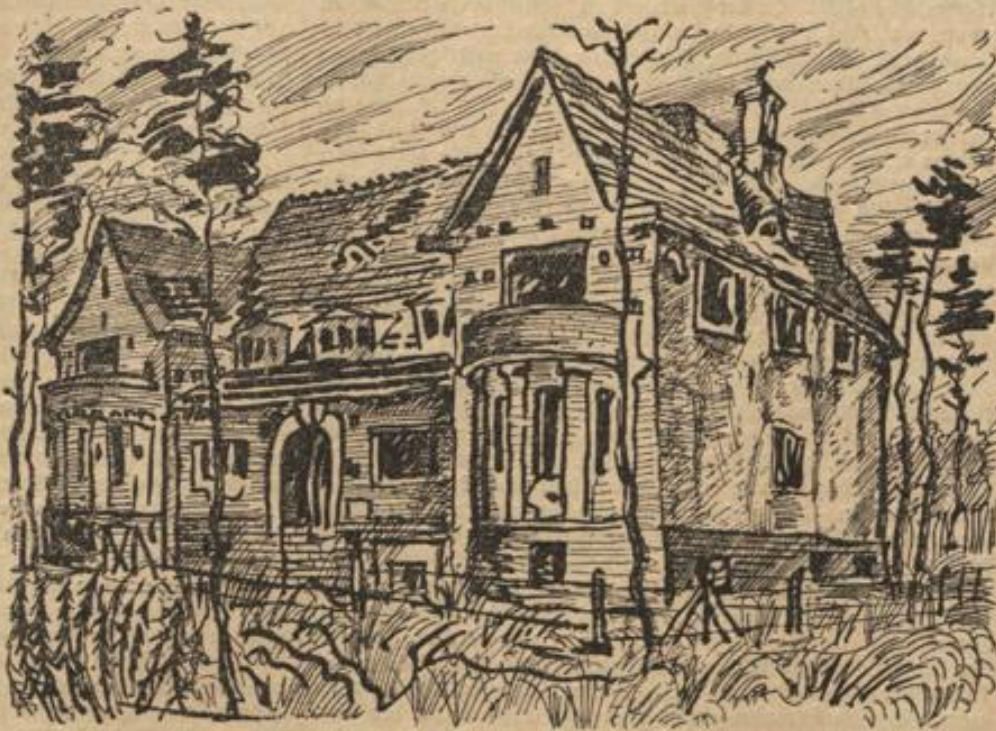
Chile geht mit Kompensieren für Naturschiff vor.

Gleichzeitig mit dem in Deutschland eingeführten Genehmigungs-zwang für die Einfuhr von Stickstoff hat der große chilenische Salpeterkonzern Cofach beschlossen, die Preise für den die europäischen Märkte bestimmenden Stickstoff herabzusetzen. Der große internationale Preiskampf ist damit eingeleitet. Von der amerikanischen Guggenheim-Gruppe, die praktisch den Chile-Trust beherrscht, wird erklärt, daß die Preisherabsetzung eine Schutzmaßnahme sei gegen die verschärften Kampfmaßnahmen der Erzeuger künstlichen Stickstoffs.

In Paris ist man allerdings der Ansicht, daß die chilenische Preisreduzierung hauptsächlich den Zweck hat, die europäischen Gruppen doch noch zur Wiederaufnahme neuer internationaler Verhandlungen zu veranlassen. Dazu gibt eine Londoner Meldung einen interessanten Kommentar. Nach dieser Meldung sind in Brüssel zwischen den Stickstoffindustrien Deutschlands, Englands, Hollands und Belgiens Verhandlungen aufgenommen worden, die unmittelbar durch die chilenische Preisreduzierung für Naturschiff veranlaßt sind. Auch diese Meldung bewertet den Schritt Chiles als faktische Maßnahme zur Herbeiführung eines neuen internationalen Abkommens.

Die Villa für Obdachlose.

An der Heerstraße: Prachtige Villen, halb versteckt in üppigen Gärten, flankieren diese einzigartige, von vielen Autos belebte Ausfallstraße nach Hamburg. Plötzlich fällt unser Blick auf eine Lücke in der prunkenden Reihe der Villenherrlichkeit, denn da oben, auf einem von Kiefern bestandenen großen Grundstück steht eine Ruine, eine gut erhaltene Villenruine, vor deren Betreten das Charlottenburger Baupolizeiamt „wegen Lebensgefahr“ warnt. Zur Sicherheit läuft noch ein starker Stacheldrahtzaun um den seltsamen Bau, der alle Ansätze zu einer hochfeudalen Villa in sich trägt, trotz der Löcher im Dach und dem zugemauerten Portal. Ringsherum wuchern Brennnessel und Unkraut in reicher Fülle. Traurig schauen die leeren Fensterhöhlen in den Tag, nur an einer Stelle hat der Rohziegelbau einen grünlichen Anstrich bekommen. Besonders müht sich die Rückfront mit der ausladenden Gartenterrasse mitgenommen. Hier haben fleißige Hände Hohlziegel und Bänderisen ausgebrochen, so daß der Blick bis in den Keller reicht. In der Inflationszeit entstand die Villa. Dann ging dem Besitzer, einem Holländer, das Geld aus. Es wurde mit dem Weiterbau gestoppt, von Jahr zu Jahr bekam das Haus ein jämmerlicheres Aussehen. Dem Antrag auf Abbruch konnte nicht stattgegeben werden, da der mysteriöse Holländer die fälligen Steuern gerade noch im letzten Augenblick bezahlte — und so kann das fröhliche Spiel noch jahrelang weitergehen, da man den Besitzer mit keinen gesetzlichen Mitteln zwingen kann, auf den Bestand seiner Ruine zu verzichten. Geld scheint er jetzt aber



Langsam verfallende Villa an der Heerstraße.

auch nicht zu haben und so fällt ein Ziegel nach dem anderen vom Dach. Ohne Zweifel werden die Kellerräume von vorbeikommenden Obdachlosen auch ohne Wohnungsschein als Quartier benutzt und sie können dabei noch die Befriedigung haben, auch einmal an der feudalen Heerstraße zu wohnen. So erfüllt auch diese in ihrem langsamen Verfall häßlich wirkende Ruine noch ihren guten Zweck.

Der Ueberfall auf U-Bahnhof Klosterstraße. Drei Jahre sechs Monate Zuchthaus für den Täter.

Der veruchte Ueberfall auf die Kasse im Untergrundbahnhof Klosterstraße, bei dem Anfang Februar ein Untergrundbahnschaffner tot niedergeschlagen wurde, daß er eine Gehirnerschütterung davontrug, war jetzt erst Gegenstand eines Prozesses vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Lange Zeit war die Tat unaufgeklärt geblieben, bis ein junger Mann die Kriminalpolizei auf den Händler Alfred Müller aufmerksam machte, der in einem Lokal über die Tat gesprochen hatte. Als die Polizei recherchiert hatte, daß Müller schon achtzehnmal vorbestraft war, wurde er dem verletzten Schaffner gegenübergestellt, der in ihm auch sofort den Räuber erkannte. Müller war an jenem Tage spät abends auf den Bahnhof gekommen und hatte eine Fahrkarte gefordert. Anstatt zu bezahlen, holte er ein Instrument aus der Tasche, mit dem er an der Sperre auf den Schaffner einschlug. Geistesgegenwärtig warf der Schaffner sofort die Kasse hinter sich auf den Boden, so daß sie dem Zugriff des Täters entzogen war. Gleich darauf brach er besinnungslos zusammen und wurde erst später vom Personal aufgefunden. Aus der Kasse fehlte nichts, da Müller nicht in das enge Abfertigungs-

häuschen eindringen konnte. Ganz unschuldig beschrieb der Angeklagte seinen Zusammenstoß mit dem Schaffner. Er behauptete, der Schaffner habe geschlafen und ihn, als er den Untergrundbahnhof betreten wollte, seine Karte nicht gelacht. Als er dem Schaffner Vorhaltungen machte, sei dieser aufgesprungen und habe sich den Kopf derart an der Tischkante geschlagen, daß er hingefallen sei. Das Gericht hielt diese Darstellung für unglaubwürdig und verurteilte den Angeklagten auf das Zeugnis des Schaffners hin wegen veruchten schweren Raubes zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Zeppelin auf der Heimfahrt.

London, 19. August. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete nach seiner Englandrundfahrt glatt in Hanworth um 19,15 Uhr. Nachdem Dr. Eckener sowie der Master of Sempill, der die England-Fahrt arrangiert hatte, einige Worte über den Lautsprecher an die Zuschauer gerichtet hatten, stieg das Luftschiff nach nur etwa halbstündigem Aufenthalt um 19,35 Uhr zu seinem Rückflug nach Deutschland auf. Es überquerte die City um 19,45 Uhr und verschwand in östlicher Richtung.

Berufsmäßige Krafteeler.

Gefängnis für kommunistischen Tumultuanten.

Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte stand der Arbeiter Draxel unter der Anklage des Landfriedensbruchs. Er war während der kommunistischen Krawalle, die sich am Nachmittag und Abend des 10. August in der Friedrichstraße ereigneten und bei denen u. a. einige Schaufenster Scheiben eingeworfen wurden, festgenommen worden. Der Angeklagte, organisiertes Mitglied der K.P.D. und der verbotenen „Antifa“, will „ganz zufällig“ in den Tumult hineingeraten sein. Die Befundungen der Polizeibeamten erwiesen jedoch das Gegenteil. So berichteten die unter Vernehmung genommenen Polizeizeugen, daß D. die Menge fortwährend aufgehetzt und die Beamten in der wütesten Weise beschimpft habe. Dem Zeugen, Polizeiwachmeister Rosenberg, der ihn festnehmen wollte, rief D. zu: „Ihr Mörder, Ihr habt ja schon wieder den Schießprügel bereit. — Ihr Bluthunde, könnt Ihr nicht wegbleiben?“ Auch andere Beamte sind von dem Angeklagten aufs unflätigste, so u. a. als „Mörder“, beschimpft worden. Der Staatsanwalt forderte strenge Befragung des Angeklagten. Sein Verhalten grenze hart an aktiven Landfriedensbruch, man müsse die Ausschreitungen D.'s als geradezu gemeingefährlich bezeichnen. Die Polizeibeamten, die nur ihrer schwereren Pflicht genügen, müßten derlei berufsmäßigen Unruhestiftern und Krafteelern gegenüber energisch in Schutz genommen werden. Der Ankläger beantragte schließlich wegen Verleumdung in zwei Fällen, einfachen Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen die Rotverordnung über unerlaubte Straßentümpelungen insgesamt 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf diesen Strafmaß und betonte, daß es dieses Urteil noch als durchaus milde bezeichnen müsse. Der Angeklagte, der in Arbeit stehe, habe sich zu seinen Erzeugnissen nicht aus Rot hinstreifen lassen — was man vielleicht verstehen könnte —, sondern aus kraßeelertümpeliger Uebermut. Da kein Fluchtverdacht vorliegt, wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Drei Todesopfer der Militärliegererei.

Polnisches Flugzeug abgerutscht und verbrannt.

Warschau, 19. August.

Ein mit drei Motoren ausgerüstetes Militärlflugzeug der Fliegerschule Graudenz, das heute nacht während eines Übungsfluges infolge einer Motorstörung landen wollte, rutschte dabei ab und geriet in Brand. Die Insassen, zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, büßten das Leben ein. Zwei Personen, die den Verunglückten zu Hilfe kommen wollten, erlitten schwere Brandwunden.

Der Fall Lacum geklärt.

Selbstmord oder Unglücksfall.

Bingen, 19. August.

Nach den neuesten polizeilichen Ermittlungen ist als sicher anzunehmen, daß Heinz von Lacum beim Autobrand den Tod gefunden hat. Ob es sich um einen Selbstmord oder Unglücksfall handelt, wird sich wohl nie klären lassen. Es wurde festgestellt, daß Lacum nie eine silberne Hirsplatte getragen hat. Die Staatsanwaltschaft hat nunmehr an einer weiteren Untersuchung kein Interesse mehr.

800 Mark Lohngeelder verschwunden.

Gestern gegen 16 Uhr meldete ein Diplomingenieur, der den Arbeitern des städtischen Gutes Großbeeren Geld auszahlen wollte, daß er auf der Ahrensborner Straße überfallen und niedergeschlagen worden sei. Ihm wurden nach seinen Angaben 800 M. geraubt. Mit einem Knüttel erhielt er eine Verletzung, die aber geringfügiger Natur ist. Der Täter ist, wie er bei der Landjägererei angab, geflüchtet. Die zuständigen Dienststellen prüfen den Fall nach.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

„Moin!“ Er vergräbt die Hände in die Hosentaschen und stiert geistesabwesend vor sich hin. „Kinder, was wollt ich eigentlich hier?“

Mit gefalteter Stirn grübelt er. „Ach ja! Frau Caspari, die Korrespondenz mit . . . Dings. Suchen Sie mir mal den Brief aus, in dem . . . Dings die letzte Weizenlieferung beanstanden.“

„Ich weiß leider nicht, wen Sie meinen!“
„Na, Mensch!“ Harry knockt mit den Fingern und hält die linke Hand ganz hart an seinen Hintertopf, der wieder abscheulich schmerzt. Er fühlt die dünnen Härchen, die bis auf ein Minimum gekürzt und herausgeschnitten sind. „Paßt mal auf! Seid mal ganz still! Gleich hab ich! Raddyl u. Wereschinski! Na, was sagt ihr zu Onkel Harrys Köpfschen?“

„Fabelhaft!“ erkennt Fräulein Hingelmann an.
„Au verdamm!“ stöhnt Harry schmerzlich und stemmt die Handflächen gegen seine Schläfen. „Auf doch mal den Luftknaben Paule, Hingelmannchen, der soll mir nen fauren Hering holen. Und wahnsinnig viel Gurten! Ich habe Appetit darauf.“

„Manchmal hat man auf so was pikantes Appetit“, äußert sich Fräulein Hingelmann scheinheilig und beordert Paul heran, ganz offiziell und ohne Heimlichkeiten, denn für den Reffen des Chefs dürfen Botengänge ausgeführt werden, ohne daß der „Mederer“ Anstoß nimmt. Der sollte es nur wagen!

Inzwischen vertieft sich Dr. Harry Silvester in die Korrespondenz mit Raddyl u. Wereschinski. Weiß der Teufel, die Schweine haben eventuell recht. Man muß bei der Abfassung des Antwortschreibens sehr vorsichtig sein und gleichzeitig an die Versicherungsgesellschaft wegen Schadenersatz herantreten. „Bei wem war der Transport eigentlich versichert . . .?“ Zum Kojen, daß er immer so schnell vergißt. „Also Ziege fragen!“ Paul bringt saure Gurten und einen Brachthering.
„Trag es in mein Zimmer, Knabe!“ befiehlt Harry.

„Da is 'n Bote von der Versicherungsgesellschaft“, meldet Paul, „'n Bote mit 'n Blumentorb!“

„Von was für 'ner Versicherungsgesellschaft . . .?“
„Na, von Mausheud, Rayer u. Co.“

„Mit einem Blumentorb . . .? Für uns . . .? Soll mal hier antanzen!“ Harry glaubt zu träumen.

Fräulein Hingelmann und Frau Caspari reihen die Augen auf.

„He Sie, kommen Sie mal rein“, winkt Paul dem Kollegen. Der Laufbursche von der Versicherungsgesellschaft Mausheud, Rayer u. Co. trägt vor sich her ein riesiges Blumenarrangement, in dem herrliche rosa Tulpen eine Hauptrolle spielen. Ein Kuvert mit dem Firmenaufdruck ist an einer Seite des täghenumflochtenen Bogens befestigt.

„Ich soll das für Herrn Bürochef Ziege abgeben. Zum Geburtstag!“

Der Bote mit den Kindern Floras sieht in vier erstaunte Gesichter. Er zuckt die Achseln. „Ich weiß ja sonst auch nichts“, erklärt er ungefragt und stellt seine dustende Bürde kurzerhand auf Frau Casparis Schreibtisch.

„Schau mal an“, Harry pfeift durch die Zähne. „Grünfutter für unsere Ziege. Und von der Versicherungsgesellschaft.“

„Wie aufmerksam“, stellt Fräulein Hingelmann vor-sichtig fest.

„Wie überaus aufmerksam . . .!“ berichtigt Harry.

„Ich hab gar nicht gewußt, daß der „Mederer“ heut Geburtstag hat. Wir müssen ihm natürlich gratulieren.“ Fräulein Hingelmann sieht Dr. Harry Silvester fragend an.

„Ich tu's sofort!“ Harry grinst. „Paul, beladen Sie sich mal mit dem Gemüse“, er deutet auf den Blumentorb, „ich bringe ihm zum Angebinde das Schreiben, in dem Raddyl u. Wereschinski die Lieferung beanstanden. Jetzt erübrigt sich auch die Frage, bei wem der Transport versichert ist. Und wenn er sich dann bei der Versicherungsgesellschaft bedankt, kann er gleich im selben Brief Schadenersatz fordern. Wie sich das trifft!“ Er überlegt eine Minute und trällert vor sich hin: „Sie machen die Komplimente und schicken die Blumen ins Haus . . .“ Er dreht sich kurz auf dem Absatz um. „So ganz Sans-gêne . . .“ murmelt er und will an die Tür zum Zimmer nebenan klopfen.

„Ihre Bemühungen werden vergeblich sein, Verehrtester, Ihre Frau Tante ist leider noch nicht da. Wir erwarten sie aber jeden Augenblick . . .“ Fräulein Hingelmann spricht sehr gewähnt und mit vornehm gespihtem Schnäuzchen.

„Meine Tante . . .? Sie sind wohl blödsinnig geworden?“

Fräulein Hingelmann erwidert darauf nichts. Sie sieht ihn nur frech an. Mit dem jungen Silvester, den alle im Büro für etwas übergeschnappt halten, kann man sich solche Scherze erlauben.

Aber diesmal geht es schief.
„Rein liebes Fräulein Hingelmann“, Dr. Harry Silvester tritt ganz dicht vor die zusammenzuckende Stenotypistin, „wenn Sie sich noch einmal eine derartige Unverschämtheit herausnehmen sollten, werden Sie entlassen. Ich kann auch ungemütlich werden. Haben Sie mich verstanden?“

Diesen letzten Satz brüllt er.

Fräulein Lotte Hingelmann ist purporrot angelaufen und sieht sich vor Verlegenheit in den Busen. Sie markiert einen Stichtypen. Die Vision von einem Nachweis für Arbeitslose taucht verschwommen in ihrem Gehirn auf.

„Herr Silvester . . . ich habe . . . ich wollte . . . ich muß . . .!“

„Nennen Sie mit nicht Herr Silvester. Ich bin für Sie Herr Doktor!“ Damit ergreift er den Briefordner R-Z und läßt die verdutzten Damen allein.

„Das ist ein verrücktes Huhn!“ Fräulein Hingelmann kämpft heldenhaft um ihre Selbstbeherrschung. Aber sie nimmt sich vor, das nächste Mal die Unberechenbarkeit der menschlichen Seele mehr zu berücksichtigen.

„Es war auch ein bißchen stark von Ihnen. Er ist immerhin der Juniorchef“, kritisiert Frau Caspari.

„Pöhl! Es weiß doch jeder! Gerade das giftet ihn so. Na ja, wenn die Frau Silvester keine Kinder kriegt . . . Passen Sie mal auf, gleich kommt der Chef, und sie ist immer noch nicht da. Elf Uhr vormittags und noch nicht da!“

„Sie wird schon kommen“, beruhigt Frau Caspari die Aufgeregte. Ihr ist es gleichgültig, welche privaten Katastrophen sich im Büro ereignen. Sie begnügt sich mit ihren Sorgen.

„Ich will Hans heißen, wenn es da nicht was gegeben hat. Drei Jahre arbeite ich jetzt hier im Hause und kenne mich aus.“

„Möglich“, pflichtet Frau Caspari ohne weiteres bei. Sie erkennt neidlos die Vorherrschaft der 150silbigen Stenotypistin mit den französischen und englischen Sprachkenntnissen an. Sie selbst wäre froh, das eine Jahr bei der Firma Ed. Silvester u. Söhne aus ihrem Leben streichen zu können. Jetzt ruht sie einen Moment aus und zerlegt die Emmentaler Käse in dünne Scheiben.

(Fortsetzung folgt)

Das gefährliche Motorrad.

Eine beachtenswerte Zuschrift.

Vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs wird uns geschrieben:

Es vergeht kein Tag mehr, an dem nicht die Tagespresse über Verkehrsunfälle zu berichten hat, die von Motorradfahrern herbeigeführt und verschuldet sind. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß bei weitem nicht alle derartigen Unfälle der Presse und damit der Öffentlichkeit bekannt werden. Das Fehlen einer Verkehrsunfallstatistik für das Deutsche Reich macht es außerdem unmöglich, einen genauen Ueberblick darüber zu erhalten, in welchem Maße die einzelnen Straßenverkehrsmittel an Unfällen beteiligt sind.

Wir sind also auf die Statistiken der einzelnen Polizeiverwaltungen angewiesen und da kann gesagt werden, daß das, was aus der Statistik des Berliner Polizeipräsidiums hervorgeht, genügen müßte, um den Ursachen auf den Grund und zu Leibe zu gehen. Im zweiten Quartal dieses Jahres waren in Berlin allein 858 Motorräder an mehr oder weniger schweren Unfällen beteiligt. Fast die Hälfte davon waren sogenannte Kleinstfahrzeuge, das sind solche, deren Motor nicht mehr als 200 Kubikzentimeter Zylinderinhalt aufweist; zur Führung eines solchen Kraftfahrzeuges ist im allgemeinen jede Person berechtigt, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

Da es in diesen Fällen keines Führerscheines bedarf, braucht der Führer auch keine Prüfung darüber abzulegen, daß er zur Führung eines Kraftfahrzeuges befähigt ist, wie das der Fall ist, wenn er einen Motor benutzen will, dessen Zylinderinhalt mehr als 200 Kubikzentimeter beträgt. Der Führer eines sogenannten Kleinstkraftfahrzeuges hat es also nicht nötig, sich so auszubilden zu lassen, wie das der Führer eines Kraftfahrzeuges allgemein tun muß. Er läßt sich von seinem Verkäufer die zur Bedienung des Motors notwendigen Handgriffe zeigen, schwingt sich auf sein Motorrad, und fährt los, unbeschwert mit der Kenntnis der Verkehrsregeln und manchen anderen Dingen, deren gründliche Kenntnisse eine wesentliche Voraussetzung zu der Erlangung des Führerscheines für die übrigen Gattungen von Kraftfahrzeugen ist.

Die Folge davon ist, daß die Unfallziffern der Kleinstfahrzeuge dauernd zunehmen. Daß ein Kraftfahrzeug mit einem Motor von 200 Kubikzentimetern Inhalt weniger gefährlich sein sollte wie ein solches, das mit einem solchen von 250 Kubikzentimetern Inhalt angetrieben wird, ist schwer ersichtlich. Die Gefahr liegt aber nicht in der Stärke des Motors, sondern in der Tatsache, daß der Kleinstkraftfahrer nicht nötig hat, sich genügend mit den Verkehrsregeln bekanntzumachen.

Wir sind gewiß die Lehren, die einer Erschwerung des Kraftverkehrs das Wort reden möchten, aber die Differenzierung zwischen Kraftfahrzeugen, deren Führer eine besondere Ausbildung nachweisen müssen, und den Kleinstkraftfahrzeugen (es gibt bereits führerscheinfreie Wagen), die jedermann ohne jede vorherige Ausbildung ohne weiteres führen darf, muß baldmöglichst verschwinden. Das Fehlen einer geordneten Ausbildung bei den Führern der sogenannten Kleinstkraftfahrzeuge ist eine öffentliche Gefahr, die nicht anders bekämpft werden kann, als daß man für diese Führer die gleiche Ausbildung verlangt, wie sie für die Fahrer der übrigen Kraftfahrzeuge vorgeschrieben ist.

Erpressung um einen Grabstein.

Ein Nazi äußert seine Wünsche.

Der 24jährige Angestellte Köstler hatte seine Mutter sehr früh verloren, aber niemals ihr Grab gesehen. Als K. im Mai d. J. nach Berlin kam und das Grab seiner Mutter besuchte, stellte er mit Erstaunen fest, daß entgegen seiner Annahme kein Grabstein gesetzt worden war. Kurz darauf wandte er sich in einigen Briefen an einen Architekten, einen Bekannten der Familie, der ihm früher oft geholfen hatte, und verlangte kategorisch, daß er einen Grabstein setzen sollte. Weiterhin war in den Briefen die Forderung auf sofortige Arbeitsbeschaffung für ihn und auf ein Darlehen von 200 Mark enthalten. Um diesem Verlangen größeren Nachdruck zu verleihen, drohte K. dem Architekten an, ihn durch Verrat peinlicher persönlicher Angelegenheiten zu ruinieren, falls seine Wünsche nicht erfüllt würden. K. erklärte ferner noch, daß er als Mitglied der NSDAP „keine schlechte Handschrift“ schreibe. Der Architekt kam jedoch dieser Rötigung nicht nach, sondern übergab die Sache der Kriminalpolizei.

Vor dem Schöffengericht Neukölln hatte diese Episode ein Nachspiel, das mit der Verurteilung des Angeklagten wegen verdächtigter Erpressung zu 6 Monaten Gefängnis endete. Da der Angeklagte bisher nicht vorbestraft ist, billigte ihm das Gericht eine Bewährungsfrist zu, obwohl, wie es ausdrücklich betonte, die Erpressung eine außerordentliche Gemeinheit darstellte.

Theaterdirektor Lange der Gasvergiftung erliegen.

Der achtundsechzigjährige frühere Theaterdirektor Oskar Lange, der in der Nacht zum Dienstag mit seiner Frau in seinem Häuschen in Schlachtensee durch Öffnen der Gasleitung einen Selbstmordversuch unternahm, ist gestern gestorben. Wir haben über den Freitod der beiden alten Leute berichtet. Aus Furcht, daß einer vor dem anderen sterbe und der Überlebende dann allein auf der Welt bleibe, hatten sie zum Gashahn gegriffen. Die gefähmte Frau Lange war bereits Dienstagnacht der Einwirkung des Gases erlegen.

Eine Kaffeemühle explodiert.

Ein nicht alltäglicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags in einem Kolonialwarengeschäft in der Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg: Eine Kaffeemühle explodierte aus bisher ungeklärter Ursache. Menschen wurden nicht verletzt, aber zwei Schaufenster mußten daran glauben und gingen in Trümmer.

An der Brommy-Brücke in der Spree geriet gestern ein Motorboot in Brand. Der Boche Remel der Feuerwehrgesang es, das Feuer, das zahlreiche Neugierige angezogen hatte, zu löschen. Tote oder Verwundete sind nicht zu beklagen.

Kundstübertragung vom 6. Deutschen Arbeiterjugendtag in Frankfurt a. M. Anlässlich des vom 21. bis 23. August in Frankfurt a. M. stattfindenden 6. Deutschen Arbeiterjugendtages des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands finden folgende Kundstübertragungen des Südwestdeutschen Rundfunks in Frankfurt a. M. statt: Am Sonnabend, dem 22. August, wird in der Zeit von 22.00 bis 22.30 Uhr von der Abfahrtsunternehmung des Fackelzuges auf dem Römerberg die Rede des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Genossen Dr. Adolf Grimme, umrahmt von Liedern, übertragen. Diese Übertragung wird auch vom Breslauer Sender übernommen. Es besteht die Aussicht, daß einige weitere Sender die Übertragung übernehmen. Am Sonntag, dem 23. August, findet in der

Im Schmuck fremder Federn!

Alles kommt wieder. — Hochkonjunktur in der Federnbranche.

Jergendein französischer Modediktator hat gelegentlich der Aufführung einer alten Operette die fleißige Schönheit des Federhutes wiederentdeckt und damit eine Industrie zu neuem Leben erweckt, die Jahre, man kann sagen jahrzehntelang einen tiefen Dornröschenschlaf schlief. In der Vorkriegszeit zählte die Federnindustrie zu einem blühenden Gewerbe, das Inlands- und Auslandsgeschäft florierete, hauptsächlich Amerika, Frankreich und die nordischen Staaten waren gute Abnehmer. Die Federn- und Blumenbranche gab in Berlin etwa 6000 Arbeiterinnen Brot, wobei die Federnbranche die stärkere Beschäftigungsmöglichkeit bot; Berlin und Leipzig standen an erster Stelle in dieser Industrie, und Berlin zählte über 50 Spezialbetriebe. Mit dem Kriege verschwand das Auslandsgeschäft völlig, aber auch der inländische Markt ging mehr und mehr zurück, und als im Jahre 1922 die Industrie wieder etwas auflebte, da waren aus den 50 Betrieben 15 und aus den 6000 Arbeiterinnen noch keine 600 geworden; aber selbst die wenigen noch vorhandenen Betriebe konnten sich als Spezialgeschäfte nicht mehr halten, sie mußten sich entweder umstellen oder einen anderen Artikel hinzunehmen; einige fabrizierten dann künstliche Blumen, andere erzeugten Hüte, und ein paar ganz Findige verwandten das vorhandene Material für Karnevalartikel, Fächer und anderen modischen Krimsrams. Die Arbeiterinnen fielen, sofern sie nicht mehr umgeschult werden konnten, der Wohlfahrt zur Last, die Jüngeren stellten sich um oder versuchten als ungelernete Arbeiterinnen in anderen Betrieben unterzukommen. Jetzt konnte man alle Facharbeiterinnen wieder heranziehen, wobei sich naturgemäß herausstellte, daß es an jüngeren Kräften mangelt und der Nachwuchs vollständig fehlt.

Man unterscheidet bei der Fantasiefeder die echte und die unechte Ware; zur echten Ware gehört die Straußenfeder, zur unechten die Hahnen-, Hühner- und Gänsefeder; das Rohmaterial der billigen Geflügelfeder wird hauptsächlich aus Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich bezogen und flüßig gehandelt. Die Straußenfeder kommt aus England; in der Vorkriegszeit machte diese blühende Industrie die Anlage großer Straußenfarmen notwendig, so wurden beispielsweise in Kaspaß in Farmen 900 000 Tiere gezüchtet, heute sind es ihrer vielleicht 20 000 bis 30 000; London hatte seinen feststehenden Straußenfedernmarkt, wo jedes Jahr regelmäßig sechs Auktionen stattfanden; der Vorkriegspreis für die beste Ware (die Flügelfedern des Straußenmännchens) betrug 30 bis 40 Pfund Sterling pro Pfund, bis vor wenigen Monaten war der Preis 3 bis 4 Pfund Sterling, jetzt ist er schon auf 7 bis 8 Pfund gestiegen.

Alle Federn, ob echte oder unechte Ware, haben den Fä-

rbungsprozeß durchzumachen, der mit Hilfe von Anilinfarben, Stärkemehl usw. vor sich geht; merkwürdigerweise finden in den Federnfärbereien ausschließlich Männer Beschäftigung, Frauen höchstens als zureichende Hilfskräfte, während die Federnbranche als solche durchweg Frauenarbeit ist. Hier ist auch für körperlich behinderte Frauen, sofern sie geschickte Hände, einen gewissen Schönheitssinn und gute Augen besitzen, Beschäftigungsmöglichkeit. Die Tätigkeit der Federnarbeiterin besteht in der Hauptsache im Kleben der Gestecke, die nach einer Schablone angefertigt werden; vielfach werden die Federn auch mit dem Messern in die gewünschte Form gezogen oder gebogen. Gelebt wird mit einer Kautschutmasse, die in den Arbeitsräumen kein sonderlich gutes Aroma verbreitet. Besonders mühsam ist das Kleben der Straußenfedern, das sogenannte Samtkleben; hier muß vielfach jeder Halm einzeln gelegt, gelebt, dann über der Flamme gekräuselt und gebunden werden; in der Vorkriegszeit war die Arbeit der Straußenfedernarbeiterin eine weit einfachere, da die Feder meist in ihrer ursprünglichen Form getraut und verarbeitet wurde. Als es sich dann erwies, daß nicht jede Arbeiterin ohne weiteres diese Arbeit verrichten konnte, wurde im Jahre 1919 mit den Arbeitgebern ein Abkommen getroffen, wonach diese die Arbeiterinnen innerhalb 6 Wochen anlernen ließen, ihnen während dieser Zeit auch eine Vergütung gaben und sie nachher weiter beschäftigten. Es wird jetzt viel Akkordarbeit geleistet und der Spinnenlohn von 27 M. oft kaum erreicht.

In den Verkaufsbetrieben herrscht augenblicklich Hochkonjunktur, die Kollektionen für die Reisenden müssen zusammengestellt, inzwischen immer wieder die reizend gehende Ware erneuert werden; solche Kollektion besteht aus Hunderten von Mustern, wobei der Phantasie in bezug auf Form und Farbe breiter Raum gelassen wurde. Da gibt es einzelne Posten, ganz klein, etwas größer oder ganz groß, getriebene Flügel, gefaltete Vögel, alle möglichen Kleinornamente und dann die dominierenden modischen Sport- oder Jagdgestecke, eine Kombination verschiedenartiger und farbiger kleiner Federn; die Mode hat sich gegen früher, wo man möglichst ganze Papageien, Seemöven usw. auf den Hut praktisierte, stark verändert. Auch die Straußenfeder, die früher in überdimensionaler Länge — es wurden zwei, drei und auch noch mehr Federn aneinandergeklopft — vom Hut lang herab bis möglichst zur Taille walle, ist diesmal in kleinen und kleinsten Formen, oft nur in ganz winzigen Phantasiegestecken, vertreten. Früher gehörte zum Inventar der Frau unbedingt der Besitz einiger besonders prächtiger Straußenfedern, die dann abwechselnd vom Sommer auf den Winterhut wanderten und auch noch als Kleid- und Kopfschmuck Verwendung fanden.

Zeit von 11.00 bis 11.30 Uhr im Südwestdeutschen Rundfunk eine Internationale Jugendstunde statt, die von den anwesenden Jugendgruppen der Sozialistischen Jugendinternationale ausgestaltet wird.

Der Schwindel mit der Dollarmaschine

Sie leben von der Dummheit der anderen.

Auf den Tisch mit der geheimnisvollen Dollarmaschine, die jeden hineingeworfenen Dollar beständig verleiht, fiel ein Apotheker hinein, der zu diesem Zweck 781 Dollar hlagab und einbüßte.

Er hatte einen Mann kennengelernt, der angeblich auf der russischen Handelsvertretung beschäftigt war und der ihn in ein großes Hotel mitgenommen hatte, um ihm die geheimnisvolle Maschine zu zeigen. Nachdem er alle seine Scheine in die Maschine geworfen hatte, verlieh er mit diesem Mann das Hotel, da die Maschine angeblich 24 Stunden lang selbständig arbeiten mußte. Am anderen Tage, als der Schrank, in dem die Maschine war, aufgeschlossen wurde, waren die Dollarmarknoten natürlich nicht mehr da, weil sie schon vorher durch einen Taschenspielertrick in die Taschen des Unbekannten verschwunden waren. Da ein anderer Kaufmann, dem dasselbe Geschäft angeboten war, mißtrauischer war, wurden die Besitzer der Dollarmaschine, die Kaufleute Michael Blaczowski und Albert Strachmann ermittelt. Außerdem wurde ihnen nachgewiesen, daß sie sich durch ein anderes großangelegtes Betrugsgeschäft 10 000 Mark erschwindelt hatten. Durch die Vermittlung von Bekannten hatten sie in einem Café einen Herrn kennengelernt, mit dem sie ein gutes Geschäft abschließen wollten. Sie behaupteten, eine Kassetten voll Platin zu besitzen, die 16 000 M. wert sei. Im Augenblick besäßen sie aber nur 6000 M., so daß ihnen 10 000 M. fehlten, um den wertvollen Kasten zu bezahlen und einem Interessenten mit Gewinn weiterzuverkaufen. Der unbekannte Kaufmann half ihnen gern mit 10 000 M. aus und erhielt als Sicherheit die Kassetten ausgehändigt, deren Inhalt sich aber als Nickel herausstellte.

Da die Angeklagten ihre Identität mit den Schwindlern in der Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg bestritten, wurde durch die Gegenüberstellung von Zeugen eine umfangreiche Beweisaufnahme begonnen, so daß das Urteil erst morgen gesprochen werden wird.

Eberswalder Naziblüten.

Recht eigenartige Zustände scheinen an den Eberswalder höheren Schulen zu herrschen. Hier kennt man offenbar nicht das Verbot des Kultusministers zur politischen Betätigung der Jugend. Im Schutze des Nazihordentums wird von Zwölf- bis Bierzehnjährigen an einem der belebtesten Straßenzüge offen für die nationalsozialistische Partei geworben. Am Alsenplatz, Ecke Eisenbahnstraße stehen abends Schüler der höheren Schulen, die ein Plakat zur Schau stellen: „Jugend heraus! — Wir greifen an!“ Das Plakat ist mit einem großen Hakenkreuz versehen.

Rassehunde werden vorgestellt.

Trotz der Wirtschaftsnote wurde dieser Tage in Berlin eine Rassehund-Ausstellung abgehalten. Es sollten die Verdienstmöglichkeiten, die durch sie geschaffen wurden, nicht in Fortfall kommen, ebensowenig wie man die Züchter um die unbedingt notwendigen Vergleichsmöglichkeiten bringen wollte. Die deutsche Zucht ist auf erfreulicher Höhe; sie hat auch im Ausland einen Namen und findet daher auch außer Landes Abnehmer.

854 Hunde hatte man zur Rassehund-Ausstellung gebracht. Hundegelübde erfüllte den großen Landesausstellungspart und regstes Leben herrschte auf dem ganzen Gelände; überall waren durch gezogene Leinen und zusammengestellte Tische Ringe geschaffen, in denen vorgeführt und gerichtet wurde. Man sah in erlebener Auswahl Jagd-, Hek- und Diensthunde. Unter letzteren Schäferhunde,

Dobermänner, Airedale-Terrier, Rottweiler, Boxer und Riesenschnauzer. Ferner sah man Pug- und Wachhunde, mit dem Bernhardiner anfangend bis zum Chow-Chow, sowie Haus- und Zwerghunde. Dazu muß man berichten, daß die inzwischen hier sehr beliebt gewordenen französischen Bulldoggen, die Bullis, Konkurrenz bekommen haben, und zwar die Boston-Bull-Terrier, die in Amerika gerne gehalten werden. Sie sind nicht so grotesk häßlich wie die Franzosen, ihr Kopf ist mehr auf Schönheit kultiviert. In ihrem Namen betonen sie stark ihre Heimat, hießen doch die hier gemeldeten Captain of New York, White Bidger of New York, Mona of New York, Ridget of New York und Lady of New York.

Auch in diesem Jahre historischer Stralauer Fischzug. Auch in diesem Jahre findet nach alter Tradition das Volksfest „Der historische Stralauer Fischzug“ statt. Der Festzug startet am Sonntag, dem 23. August, vom Osthafen um 14 Uhr. Am Montag, 11 Uhr vormittags, ist der Festzug auf der Spree, und am Sonntag, dem 23. August, um 16 und 20 Uhr eine Korpapreisfahrt auf der Spree.

Allgemeine Wetterlage.



Während in der nordöstlichen Hälfte Deutschlands das verhältnismäßig kühle, wolke Wetter fortbestand, trat im Südwesten und Süden kräftige Erwärmung ein, vielfach bis auf 25 Grad C. Die Niederschläge betrafen vorwiegend das Gebiet zwischen Rhein und Elbe und waren dort stellenweise erheblich. In den nächsten beiden Tagen wird die englische Depression unser Wetter bestimmen, da sie sich rasch ostwärts bewegt. Die an der Südküste des Meeres nach dem Kontinent vordringenden ozeanischen Luftmassen werden unseren Bezirk voraussichtlich schon am Donnerstag überfluten.

Wetterausblick für Berlin. Meist bewölkt mit einzelnen Regenschauern, Temperaturen im ganzen etwas höher. — Für Deutschland. Im Osten meist trocken, wärmer; im übrigen Reich stark wolke Wetter mit einzelnen Regenschauern.

Richtlinien für ein Bankenamt.

Vorschläge der freien Gewerkschaften. — Dem Reichswirtschaftsminister übergeben.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichswirtschaftsminister die folgenden Richtlinien für das Gesetz über die Errichtung eines Bankenamtes überreicht:

I. Umfang der Aufsicht:

Das Reich hat grundsätzlich die Aufsicht über alle Banken einschließlich der Niederlassungen ausländischer Banken. Banken im Sinne dieser Richtlinien sind Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform, die fremde Gelder und Kapitalien zwecks Weiterleitung in Form von Krediten in eigene Rechnung übernehmen. Das Bankenamt entscheidet endgültig, ob ein Unternehmen unter die Aufsicht fällt. Mit Rücksicht auf die internationale Bindung des Bankgesetzes ist die Reichsbank auszunehmen.

Das Bankenamt kann von der Aufsicht ganz oder teilweise Banken oder Bankarten ausnehmen, deren Verbindlichkeiten einen bestimmten Betrag nicht überschreiten.

II. Ausübung des Bankgewerbes:

Als private Rechtsformen werden vorgeschrieben: Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, eingetragene Genossenschaft. Bestehende Banken sind innerhalb einer vom Bankenamt festzusetzenden Frist in eine dieser Rechtsformen umzuwandeln. Das Bankenamt kann von der Verpflichtung zur Umwandlung Ausnahmen zulassen, wenn die betroffenen Banken sich im übrigen den Verpflichtungen des Gesetzes unterwerfen.

Die Ausübung des Bankgewerbes ist von der Erteilung der Erlaubnis des Bankenamtes abhängig zu machen (Konzessionsystem).

III. Träger der Aufsicht:

Träger der Reichsaufsicht sind: 1. die Reichsregierung, 2. das Bankenamt, bestehend aus dem Vorstand, der von der Reichsregierung ernannt wird, und dem Beirat. Seine Mitglieder sind zu je einem Drittel vorzuschlagen von den Abteilungen 1 und 2 des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und zu einem Drittel von Reich, Ländern, Gemeinden und Reichsbank.

Vorstand und Beirat bestimmen die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Bankenamtes. Gegen diese Richtlinien steht der Reichsregierung das Einspruchsrecht zu. Der Vorstand ist bei seinen Entscheidungen an die Richtlinien des Bankenamtes gebunden und für ihre Durchführung bei den Banken

verantwortlich. Gegen seine Beschlüsse können die Banken beim Beirat Einspruch erheben. Der Beirat muß mindestens einmal monatlich zusammentreten. Der Vorstand muß dem Beirat jede gewünschte Auskunft geben.

Das Bankenamt muß bei den Großbanken und kann bei den übrigen Banken einen oder mehrere Bankkommissare einsetzen. Die Bankkommissare sind Organe des Bankenamtes und an seine Anweisungen gebunden. Ihnen ist die Einsicht in alle Geschäftsorgänge zu gewähren. Sie können Beschlüsse und Rechtshandlungen aller Organe der Banken, die nach pflichtmäßigem Ermessen der Bankkommissare gegen die Richtlinien und Anordnungen des Bankenamtes verstoßen oder die Sicherheit der Einlagen oder gesamtwirtschaftlichen Interessen gefährden, beanstanden. Bei einem Streit zwischen Bank und Bankkommissaren entscheidet das Bankenamt endgültig.

Unbeschadet der zu erlassenden Vorschriften über Wirtschaftsprüfung bei Aktiengesellschaften hat das Bankenamt Wirtschaftsprüfer anzustellen. Das Bankenamt kann durch diese Wirtschaftsprüfer die seiner Aufsicht unterliegenden Banken und erforderlichenfalls große Schuldner der Banken residieren lassen.

IV. Durchführung der Aufsicht:

Das Bankenamt ist verpflichtet, alle Anordnungen zu treffen, welche erforderlich sind, um den Geschäftsbetrieb der Banken mit den Gesetzen, den Richtlinien und den Anordnungen des Bankenamtes in Einklang zu bringen. Insbesondere ist das Bankenamt berechtigt, von den Banken jede ihm notwendig erscheinende Auskunft zu verlangen.

Das Bankenamt hat die Aufgabe, die Geschäftsführung der Banken im Interesse der Kreditwürdigkeit zu überwachen:

Das Bankenamt hat insbesondere die Einhaltung der Vorschriften des allgemeinen Aktienrechts in bezug auf Bilanzabschluss und Bilanzprüfung zu überwachen. Die Banken sind verpflichtet, dem Bankenamt allmonatlich Berichte und Bilanzen und zum Jahresabschluss den Geschäftsbericht nebst Gewinn- und Verlustrechnung einzureichen. Für die Ausstellung der Berichte und Bilanzen gibt das Bankenamt besondere Formblätter heraus. In ihnen muß auch eine Aufgliederung der Kreditoren und Debitoren nach In- und Ausland und nach der Höhe der Kredite vorgegeben sein. Mindestens alle zwei Jahre hat das Bankenamt bei den einzelnen Banken eine Revision vorzunehmen.

Das Bankenamt hat die Verpflichtung, generelle Vorschriften über die Anlagen der Banken unter dem

Gesichtspunkt der Liquidität und der Sicherheit der Anlagen und unter dem Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlich erwünschter Kapitallenkung zu erlassen. Soweit gesetzliche Anlagevorschriften bestehen, bleiben sie in Kraft; jedoch hat das Bankenamt die Verpflichtung, auf ihre Vereinheitlichung hinzuwirken.

Zur Ausführung seiner Aufgabe hat das Bankenamt insbesondere folgende Befugnisse:

Das Bankenamt ist befugt, den beteiligten Banken und den Kommissaren den Stand der Verpflichtungen von Schuldern, die von mehreren Banken Kredite erhalten haben, mitzuteilen und verpflichtet, auf Anfrage den Banken und ihren Kommissaren Auskunft über die Verschuldung eines Schuldners bei anderen Banken zu erteilen.

Die Banken haben dem Bankenamt von jeder durch sie für ein Unternehmen durchzuführenden Aktien- oder Schuldverschreibungsemission Mitteilung zu machen; wenn das Bankenamt nicht innerhalb einer Frist von 4 Wochen Einspruch erhebt, gilt die Emission als genehmigt.

Das Bankenamt ist berechtigt, allgemeine Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten zu erlassen und gegebenenfalls die Aufnahme von seiner Zustimmung abhängig zu machen.

Das Verhältnis von Gesellschaftskapital zu den Einlagen zu bestimmen.

Vorschriften über die Dotierung des Reservefonds zu erlassen.

Das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Befugnis oder Beteiligung von Aktien oder Anteilen anderer Erwerbsgesellschaften als Höchstgrenze festzusetzen.

Das Bankenamt kann im Einvernehmen mit der Reichsbank Rahmenbestimmungen für die Kreditbedingungen der Banken, insbesondere für die Berechnung der Soll- und Habenzinsen und Provisionen erlassen.

Satzungsänderungen, Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages sowie Fusion mit einer anderen Bank bedürfen der Genehmigung des Bankenamtes. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die gesamtwirtschaftlichen Interessen oder die sozialen Interessen der Bankangestellten nicht ausreichend gewährleistet sind.

Bei gröblicher Verletzung der durch diese Richtlinien oder Gesetze begründeten Pflichten durch die Bank hat das Bankenamt im Einvernehmen mit dem Beirat das Recht, den Tatbestand der Reichsbank mitzuteilen (bei Aufhebung der Autonomie der Reichsbank mit der Anweisung an die Reichsbank, den Kredit zu entziehen), Vorstand oder Aufsichtsratsmitglieder von ihrem Amt zu entheben; in diesem Falle hat ein Bankkommissar für die vorläufige Führung der Geschäfte zu sorgen, und die Konzession zu entziehen. Im Gesetz sind Strafvorschriften zu erlassen.

Gegen Einzelentscheidungen des Bankenbeirats findet die Rechtsbeschwerde an das Reichswirtschaftsgericht statt, das nur über die rechtliche Zulässigkeit der Entscheidung befindet.

Zur Reform der Hauszinssteuer.

Forderungen der freien Gewerkschaften.

ADGB. und KfA-Bund haben zu den neuerdings vielfach erörterten Plänen zur Änderung der Hauszinssteuer Stellung genommen. Sie veröffentlichen das folgende Ergebnis ihrer Beratungen, an denen führende kommunal- und Wohnungspolitiker sowie Vertreter der Wirtschaft beteiligt waren:

Die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer fordern von der Reichsregierung erneut eine auf dem Rotverordnungswege durchzuführende Reform der Hauszinssteuer. Die von den Interessenten veröffentlichten Projekte haben — so sehr sie im einzelnen voneinander abweichen — sämtlich das eine Ziel: die Ausnahmeverhältnisse der jetzigen Krise, die allen Volksteilen größte Opfer auferlegt, zu einer erneuten Bereicherung der Althausbesitzer auszunutzen.

Eine weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz kann volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht verantwortet werden.

Ein auch nur teilweises Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Hausbesitzorganisationen nach Abbau der Hauszinssteuer bedeutet höchste soziale Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Sparern, auf deren Kosten der Hausbesitz in der Inflation eine in der Geschichte nie dagewesene Entschuldung durchzuführen konnte. Bei der finanziellen Rottlage der Länder und vor allem der Gemeinden kann auf die jetzt aus der Hauszinssteuer liegenden Einnahmen nicht verzichtet werden.

Trotz der Mindereingänge in der Krise durch Steuerbefreiung für Wohnungen Arbeitsloser und für leerstehende Räume ist die Hauszinssteuer, deren tatsächliches Aufkommen im Krisenjahr 1931 bei einem Sollaufkommen von 2 Milliarden Mark jährlich auf 1350 Millionen Mark abgeschätzt werden kann, eine der sichersten Stützen der öffentlichen Finanzen. Eine weitere Entlastung des Althausbesitzes — nach den Steuererlassen der letzten Jahre — müßte zwangsläufig zu einer erneuten steuerlichen Belastung der werktätigen Massen führen. Eine auch nur geringe Kürzung der Hauszinssteuererträge bringt den Wohnungsbau, der ohne öffentliche Unterstützung zusammenbrechen muß, gänzlich zum Erliegen. Ein weiteres Anwachen der Arbeitslosigkeit nicht nur unter den Bauarbeitern, deren Lage jetzt sehr prekär ist, ist die Folge. Die Belastung des Arbeitsmarktes mit planmäßigen konjunkturellen Maßnahmen des Staates, die nur von der Bauwirtschaft ausgehen kann, wird unmöglich gemacht. Die Pläne der Hausbesitzorganisationen werden verwirklicht, hieße die jetzige allgemeine Wirtschaftskrise ungeheuer verschärfen.

Jeder Versuch einer „Reform“ der Hauszinssteuer, deren Ziel die weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz ist, wird daher auf den stärksten Widerstand der freien Gewerkschaften und der hunderttausenden Millionen Werkstätiger stoßen.

Die freien Gewerkschaften fordern aufs neue mit allem Nachdruck, daß die bisherigen Erträge aus der Hauszinssteuer gerade auch im Interesse der öffentlichen Arbeitsbeschaffung

langfristig gesichert werden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre nur derart durchzuführen, daß

an die Stelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt.

Sie muß derart bemessen sein, daß als Ausgangsbasis für den Umfang des jährlichen Zins- und Tilgungsdienstes unbedingt das Sollaufkommen der Hauszinssteuer gewählt wird. Die Festsetzung der dinglichen Last kann und muß nach den betrieblichen und örtlichen Verhältnissen abgestuft sein und soll im einzelnen den Erfordernissen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Häuser und der Gegendung über die Verzinsung der Aufwertungshypotheken Rechnung tragen.

Durch eine Verzinsung der dinglichen Last von 7½ Proz. jährlich wird der Zusammenhang mit der Verzinsung der Aufwertungshypotheken gewahrt. Eine Tilgung von 2½ Proz. jährlich zugleich der durch fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen gewährleistet eine planmäßige Abtragung der Lasten in 18½ Jahren. Höherer Zins und hohe Tilgung geben einen Anreiz zu vorzeitigen Ablösungen oder verstärkten Tilgungen, die nach dadurch gefördert werden sollen, daß durch einen Distanztag, der von der Reichsregierung nach der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes festzusetzen ist, Prämien gewährt werden.

Die zusätzliche Unterstützung Arbeitsloser und sonstiger wirtschaftlich schwacher Wohnungsinhaber durch teilweise oder vollständige Herabsetzung ihrer Wohnungskosten muß grundsätzlich von den Belastungen der Hausbesitzer an die öffentliche Hand getrennt werden. An die Stelle der bisherigen Hauszinssteuerbefreiungen müssen Mietzuschüsse der kommunalen Wohlfahrt treten, die die Bedürfnisse gerechter der persönlichen Bedürftigkeit des Mieters entsprechen kann. Die dafür erforderlichen Mittel können den Kommunen aus dem Zins- und Tilgungsdiens der dinglichen Last zur Verfügung gestellt werden.

Eine derartige Regelung sichert der öffentlichen Hand Einnahmen, die unter den Verhältnissen des Krisenjahres 1931 mit 1350 Millionen Mark jährlich dem derzeitigen Hauszinssteuerertrag nach Abzug der Steuerbefreiungen entsprechen würden.

Die Mittel, die aus dem Zins- und Tilgungsdiens und aus vorzeitigen Ablösungen der dinglichen Belastung des Althausbesitzes einkommen, müssen in erster Linie

für den Finanzbedarf der Gemeinden und zur Finanzierung des Wohnungsneubaus und der Erhaltung des Wohnraumes verwendet werden.

Die freien Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, die Hauszinssteuerreform mit einer Beseitigung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Mieter zu verbinden, deren Aufhebung die Mieterschaft schizopholis willkürlichen Mieterhöhungen preisgeben würde und damit zu einer weiteren Unterhöhlung der Massenkaufkraft führen müßte. Sie fordern vielmehr die Vereinheitlichung und Ausgestaltung der heutigen Gesetze zum Schutze der Mieter zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.

Zahlungseinstellungen in der Landmaschinen-Industrie.

Die A. G. H. F. Edert in Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Schon das Geschäftsjahr 1929 hat sie mit einem Verlust von mehr als einer halben Million Mark (bei einem Kapital von 1,5 Millionen Mark) beschlossen. Der Verlust des Jahres 1930 ist noch nicht bekannt, ist aber höher als die Hälfte des Kapitals. Das Unternehmen stellte landwirtschaftliche Maschinen her und beschäftigte 1929/30 etwa 700 Leute.

Die Mehrheit des Kapitals von Edert befindet sich im Besitz der Th. Föthner Maschinenbau A.-G. in Bassen (Niedersachsen), die durch die Zahlungseinstellung bei Edert gezwungen wurde, die Gläubiger um ein zinsloses Moratorium bis zum 1. Juli 1931 zu ersuchen. Der Status soll aktiv sein; die Mehrheit des Kapitals besitzt der Schultheiß-Düsterker-Konzern. Im Jahre 1930 wurden 600 Arbeiter beschäftigt.

Es ist möglich, daß diese Zahlungseinstellungen auch die Hartung A.-G. Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik in Mittelsachsen ziehen, da die Abteilung Landmaschinenbau mit den beiden anderen Unternehmen durch einen Gemeinschaftsvertrag verbunden ist.

Der Bergbau im Juli.

Nach Mitteilung der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist die Steinkohlenförderung im Ruhrbezirk von 6,9 Millionen Tonnen im Juni auf 7,3 Millionen Tonnen im Juli gestiegen; im Juli vorigen Jahres wurden 8,6 Millionen Tonnen gefördert. Auch die Koksproduktion hat sich ein wenig gehoben, von 1,57 auf 1,63 Millionen Tonnen, liegt aber immer noch um 30 Prozent unter der Bergleistung des Vorjahres (2,30 Millionen Tonnen). Die Braunkohleherstellung stieg von 0,24 auf 0,28 Millionen Tonnen und übertraf die vom Juli vorigen Jahres.

Obwohl also in den Produktionsziffern von Juni zum Juli eine geringe Besserung eingetreten ist, hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter weiter von 251 800 auf 248 300 vermindert. Dazu sind noch 893 000 Feierlichkeiten, d. h. 3,6 Feiertagen je einen Arbeiter, eingelegt worden. Die Halbenstände sind mit 11,6 Millionen Tonnen Kohle unverändert.

Die Braunkohlenförderung ist von 11,6 Millionen Tonnen im Juni auf 11,7 Millionen Tonnen im Juli gestiegen; sie ist um 0,6 Millionen Tonnen niedriger als im Juli vorigen Jahres.

Die Erzeugung von elektrischem Strom. Im Juni war die Erzeugung von elektrischer Energie saisonbedingt niedriger als im Mai. Gegenüber Juni vorigen Jahres betrug der Rückgang 14 Proz. Im ersten Halbjahr 1931 erzeugten 123 Werke 7,16 Milliarden Kilowattstunden Strom, das sind etwa 1 Milliarde Kilowattstunden oder 12 Proz. weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Iran Heilbut: Ein kleiner Mann

Im Wartezimmer ließ sich Stöhnen vernehmen. Die Schwester im Kittel trat ein und sah den langen hageren Herrn mit der schmalen hohen Stirn voll aufrichtigen Mitgeföhls an.

„Wie geht es, Durchlaucht? Tut es arg weh?“

Der Leidende gab keine Antwort.

Etwas später kam der Zahnarzt selber herein. Er machte eine förmliche Verbeugung, dann nahm er den Mann sanft beim Arm und führte ihn in ein separiertes Gemach hinüber. Im Wartezimmer war nichts mehr zu hören, nur die kleine Uhr tickte auf dem niedrigen Bücherregal, von ihren winzigen, vergoldeten Säulen getragen.

Ich griff nach einer der Lesezirkelmappen, die das Kennzeichen jedes Wartezimmers sind, und las auf eine Weise, wie man es eben nur im Wartezimmer tut. Man sieht hinein, die Augen lesen, aber das Gehirn liegt dahinter wie ein Spiegel, dessen Glas beschlagen ist; vielleicht von einem kaum merkbaren Geruch, vielleicht auch nur von der Erwartung des gefährdeten böhrenden Stroms.

Von der Wohnungstür her wurde getlingelt, gleich darauf kam ein Paar in den Raum. Es läßt sich so selten von einem wirklichen Paar sprechen, aber dies hier war wirklich eins. Mit einer Aufmerksamkeit, wie sie sonst nur in den alten Helben- und Minneliedern oder in schlechten Romanen zu finden ist, war der Mann um den Zustand der Frau besorgt. Sein Blick, der unermüdet an ihren Nieren hing, wollte gleichsam suggestiv ihr Weh lindern. Freilich schien sie Linderung auch dringend notwendig zu haben. Ihr Gesicht war schmerzlich verzogen.

Sie waren beide klein von Gestalt; es war das wichtigste Merkmal an ihnen, diese Kleinheit. Anspruchslos, ohne die geringste Bewegung, ohne ein Wort forderten sie zum Mitgeföhls auf. Mitgeföhls, aber nicht etwa des Schmerzes wegen. Nein, nur weil sie so abseits, so winzig und auf so außergewöhnliche Weise miteinander verbunden waren. Sie waren das Unaußersichtliche auf der ganzen Erde — und darum fielen sie am meisten auf.

Das Wartezimmer eines Zahnarztes ist eine Stätte, wo jedermann zu jeder Zeit Gelegenheit gegeben ist, Heroismus zu beweisen. Der kleine Mann war es aber ganz gleichgültig, ob sie nun heroisch dasäße oder nicht. O lieber Himmel, nun fing sie zu weinen an. Eigentlich war es eine Wertwürdigkeit. Einem Mann ist die Träne in solchen verteuerten Stunden das Wertvollste — die Wände hinauf — die Bäume hinauf — Kirchtürme hinaufklettern — Gedanken an die Kneifzange, jamohl! Aber weinen? Das Wertvollste!

Und sie weinte leise und hell wie ein Kind. In diesem Weinen war wieder der ungewollte Appell zur Anteilnahme, und wieder so zwingend, daß man sie des Weinens hätte verweisen mögen. Denn man bekam ein wenig Lust, bloß aus Sympathie mitzutun. Der Laut, der aus ihrer Kehle kam, war so demütig, so klein, wie sie selbst. Nein, im Leben nicht hätte ein Mensch es vermocht, sich dies geringfügige Schluchzen einer kleinen gepeinigten Frau zu verbitten. Über das geschah dann doch.

Die Schwester im weißen Kittel war eingetreten.

„Nana“, sagte sie — sie hatte ein kaltes, intellektuelles Gesicht — „so weh kann das doch gar nicht tun.“

Die kleine Frau verzog ihr Gesicht jetzt geradezu demonstrativ. Der kleine Mann aber sah mit angriffsprühenden Augen da.

Die Schwester lächelte verächtlich.

„Ihre Frau verzehrt uns ja unsere Patienten“, sagte sie. „Und wieder zur kleinen Frau gewandt: „Sie sind doch kein Kind.“

Das Gesicht des kleinen Mannes glühte. „Sie sprechen mit einer Dame“, stieß er hervor. Das wirkte auf die Schwester nur zum Lachen. Aber jetzt war ich bedingungslos auf seiten der Frau. Sie hatte ja nur zwei Feinde: einmal die Schwester, die glaubte, sie habe die kleinen zu dären, weil die kleine Frau — nun eben eine kleine Frau war; und zweitens ihren eigenen Mann, der mit seinem allzu guten Willen, und ungeachtet gewählten Worten ihre Situation nur peinigender machte.

Die Schwester ging. Als sie später wiederkam, um den Nächsten, der an der Reihe wäre, zu holen, überließ ich der kleinen Frau den Vortritt. Der kleine Mann rief „Danke“ und sprang auf; er wollte seine Frau begleiten.

„Wünschen Sie gleichfalls Behandlung?“ fragte die Schwester.

„Ich will meine Frau begleiten“, sagte der Mann.

„Fürchten Sie, daß wir Ihnen Ihre Frau ermorden?“

„Ich will sie begleiten.“

„Das kann ich nicht gestatten“, sagte sie, küß lächelnd.

„Und ich gestatte Ihnen nicht...“, stieß der Mann hervor.

„Dies ist meine Frau, verstehen Sie mich?“

„Dann werden Sie beide nicht vorgelesen.“

„Das hast du dann davon“, stöhnte die kleine Frau, die mit dem ausbrechenden Streit verstimmt war, „soll ich denn noch länger mit meinen Schmerzen herumlaufen?“

Dieser Vorwurf aus ihrem Munde verwirrte ihn.

„Dann also — geh also“, sagte er unsicher. Er sah ihr nach.

Vor Schmerz ging sie gleichsam verbogen.

„Sie ist immerhin in ärztlichen Händen“, beruhigte ich ihn.

„Dieses Fräulein steht ja mit einer geradezu kindlichen Unwissenheit den Leiden einer Kranken gegenüber“, sagte der kleine Mann, halb zu sich selber, „jamohl“, jetzt erst wandte er sich mir eigentlich zu. „Ich nenne das Krankheit, obgleich für die allzu klugen Leute ein schmerzender Zahn nichts als eine Bagatelle ist, eine lächerliche Nebenache, so, solange sie selber nicht daran leiden. Nur der Umstand, daß der Zahn sich das Herausziehen gefallen läßt — ein krankes Herz, wissen Sie, läßt nicht so mit sich umspringen —, nur das hat den Zahn zu einer lächerlichen Figur gemacht, die für Blätter gerade gut genug ist. Ich sage Ihnen, was meiner Frau augenblicklich da drinnen geschieht, ist eine Operation wie jede andere. Aber

Er wollte noch viel mehr sagen, aber in diesem Moment hörten wir beide einen durch mehrere Wände gedämpften Schrei. Der Mann raste hinaus. Sein Schicksal ging mir nahe; ich lief hinter ihm her, um ihn vor temperamentsvollen Torheiten zu schützen. Ich erwartete, daß er die Tür aufreißen würde, aber vorrecht stand er noch lauschend am Schließeloch des Zimmers, in dem sich die Operation vollzog.

„Das kann doch gar nicht weh tun“, hörten wir den Zahnarzt sagen. Und plötzlich rückwärtslos: „So, nun ist's aber genug gemannert — wie?“

Hier riß der kleine Mann die Tür auf. Unvermutet stand er mitten in der Situation. Der Arzt und die Schwester starrten ihn an wie eine übernatürliche Erscheinung.

„Was wissen Sie davon, wie weh meiner Frau der kranke Zahn tut?“ trompetete er, „den natürlichen Schmerzschrei der gefolterten Kreatur wollen Sie ihr verbieten — wie? Das heißt ja, die Natur selber verbieten wollen, verstehen Sie mich?“

Wie ein Raubtier, schmig gestreckt, den Kopf voraus, so stand der kleine Mann da.

„Sie sollen nicht schreien“, sagte der Zahnarzt und drängte seinen Gegner zur Tür. Ich mußte ganz genau, daß es nur die Rücksicht auf Durchlaucht war, die ihm sein Handeln diktierte. Aber

der kleine Mann, der nun durchaus kein kleiner Mann mehr war, mehrte sich heftig.

Ich erinnere ihn an seine leidende Frau, und von diesem Vorwurf verwirrt, ließ er sich mit sanfter Gewalt hinausführen.

„Nicht ein lautes Wort“, zischte der Zahnarzt ihm nach, „und ich bringe Sie vor die Wohnungstür.“

„Meine Frau“, sagte der kleine Mann, als wir uns wieder im Wartezimmer befanden, „meine Frau berührt es nicht tiefer, wenn sie ungerecht behandelt wird, oder wenn es sie auch berührt, sie wehrt sich jedenfalls nicht. Sie geht jedesmal als der leidende Teil vom Schauspiel. Diesen Charlie Chaplin kann ich auch nicht ausstehen“, sagte er scheinbar ganz unvermittelt (dabei sah er selber aus wie Chaplin, und am allermeisten, wenn er so sprach), „dieser Chaplin läßt sich alles gefallen und meint am Ende wunder, wie rührend das war. Niemals, daß er recht behält. Das ist nicht rührend, das ist dumm. Es ist verkehrt, und es ist feige, jamohl, sich etwas gefallen zu lassen. Ein ausländischer Mensch ist so gut wie der andere.“

Er fuhr fort, sich in seiner Auffassung zu bestärken, daß der Mensch sich nichts gefallen lassen dürfe. Er leitete diese seine Anschauung logisch her. Er war so naiv, zu glauben, daß sich mit der reinen Logik in der Welt etwas anfangen ließe. Ich hätte ihn gern darüber aufgefächert, daß nur die praktische Logik, das heißt die Unlogik, zum gütlichen Verkehr mit Menschen geeignet ist. Aber ich mußte fürchten, ihn durch Widerspruch nur noch mehr zu reizen. Er glühte auch so schon feurig genug.

Und inmitten seiner Tiraden hörten wir, wie draußen eine Tür geöffnet wurde; er schwieg. Gleich darauf kam die Schwester herein, neben ihr die kleine Frau, grauosa im Gesicht, ihre Lider schwer geschlossen wie in einem Augenblick der Bewußtlosigkeit; die Schwester aber zeigte geistlich ein verächtliches Lächeln, und dann setzte sie ihre Last ab, so wie ein Kollkutscher sein Koll absetzt, bei dem Zerbrechlichkeit nicht zu fürchten ist.

Der kleine Mann starrte seine Ehefrau an. Er sagte kein Wort, er berührte sie nicht. Er stand nur vorgebeugt, nah vor ihr, und wartete, ob sich die Augen nicht öffnen wollten. Da hob sie den Blick; gequält überfah sie die ängstliche Situation, sie stand auf, ging einige Schritte, stampfte mit dem Fuß, griff sich ans Herz... Aber er, als er kaum sicher sein konnte, daß Bewußtsein und Leben wieder tätig in ihr waren, wandte sich zur Schwester und schrie:

„Das war eine Barbarei!“

Die Schwester lächelte. Sie bestand nun einmal aus nichts als aus diesem etwas — nur etwas — höhnischen Lächeln. Ich glaube, wenn man das Lächeln separat hätte wegnehmen wollen, wäre auch die Schwester weggewesen.

Und der Mann antwortete auf dies Lächeln noch sanfterhaft:

„Nawohl, eine Barbarei!“

Sie verschwand. Einige Sekunden später stand sie wieder am Eingang zum Zimmer, wieder lächelnd —, vor ihr der Arzt.

„Was wollen Sie?“ fragte der Zahnarzt. „Was haben Sie gesagt?“

„Ich habe diesem Fräulein meine persönliche Meinung von ihr gesagt“, antwortete der kleine Mann mit überrollender Höflichkeit, „keines meiner Worte war gegen Sie oder gar gegen Ihre Praxis gerichtet.“

Ankunft in New York

Tagebuchblätter eines jungen Arbeiters

Ich bin über den Ozean gefahren, bin tagelang festkrank gewesen, und plötzlich liegt vor mir das „Land der Freiheit“. Ich habe natürlich vorher ein bißchen Englisch gelernt; nun brenne ich darauf, den Leuten zu zeigen, was ich schon alles gelernt habe.

Da ist eine Dame, die an einer deutschen Mädchenmittelschule Unterricht gegeben hat. Sie ist mit Leib und Seele Lehrerin und ihr gegenüber wird jeder zum Schüler. Sie fragt mich, „weißt du auch, wer Amerika entdeckt hat?“ Ich weiß es natürlich, es fällt mir nur vor Aufregung nicht gleich ein. Sie nimmt mich bei der Hand und zerrt mich in den Damensalon. Draußen braust der Trubel des New Yorker Hafens, und ich muß meine geschäftlichen Kenntnisse von ihr prüfen lassen. Ich bin ganz oerwirrt und sie ist entsetzt: „Du weißt ja gar nichts, aber auch gar nichts!“ Ich bin wahrhaftig schredlich dumm. Meine Augen hängen an einem der runden Guckfensterchen des Damensalons, an dem das Panorama der Wolkenkratzerstadt vorüberzieht. Die Lehrerin erzählt die Geschichte von George Washington und dem Kirschaum. Ich möchte hinaus. Ich kann nicht mehr still sitzen. Aber der mustergültige deutsche Schulbuch steckt mir in den Knochen. Es hätte nicht viel gefehlt und ich hätte die Hände gefaltet. „Also, wann hat General Grant gelebt?“ fragt die Lehrerin. Sie spricht mit freischender Stimme und macht böse Augen. Da rutschte ich plötzlich vom Stuhl herunter und laufe an ihr vorbei zur Tür hinaus.

Der Fluß wimmelt von Tollen, Schleppern und Booten. Es heult und pfeift. Wir fahren langsam an einem Denkmal vorbei, das im Wasser steht; und der Amerikaner, der sich über mein Englisch immer tollachen wollte, steht nicht weit von mir und sagt lachend zu seiner Frau: „Da wären wir wieder, die alte Dame drüben hat sich inzwischen auch nicht verändert.“ Es war die Statue der Freiheit.

Ein Steward in einer weißen Jacke packt mich am Kragen, daß ich zusammenstrecke und schimpft auf mich los. „Wo stehst du denn? Vormwärts! Der Arzt will dich sehen.“ Der Arzt ist ein amerikanischer Offizier, der mir in die Augen guckt und dem ich die Zunge rausstrecken muß. Aber ich bin gesund und kann gehen.

Alles macht sich zur Landung fertig. Die Lehrerin schleppt Hutkartons und Schachteln aus ihrer Kabine, sie ist ganz rot im Gesicht und so aufgeregt, daß sie mich gar nicht beachtet. Dann liegen wir plötzlich fest, und die Landungsbrücke wird herabgelassen. Die Lehrerin verabschiedet sich von einem jungen Schiffssoffizier und schenkt ihm einen Band Irgischer Gedichte.

Ich darf das Schiff nicht verlassen, muß zurückbleiben und komme nach Ellis-Insel in die Einwanderungshalle. Fast alle Bekannten von der Ueberfahrt sind verschwunden. Ich bin ziemlich aufgeregt, die Leute um mich herum sprechen alle verschiedene Sprachen, ich verstehe kein Wort, es ist alles fürchterlich fremd. Kleine Kinder brüllen, Frauen jammern, die amerikanischen Beamten fluchen. Ich werde in einem Saal untergebracht, in den das Licht durch vergitterte Fenster fällt. Es ist halbdunkel darin und die Luft ist entsetzlich. Es stinkt nach Schweiß, schmutziger Wäsche und Knoblauch. Die Frauen kommen in einen anderen Saal, der gleich an den unserigen grenzt. Ich mache die Bekanntschaft eines jüdischen Jungen in meinem Alter, der auch allein hier ist. Er beginnt Geschichten zu erzählen, bei denen ich rot werde, aber sie gefallen mir ganz vorzüglich. Wir teilen uns eine Zigarette und geben auf die Toilette, um sie zu rauchen. Ein Wärter erwischt mich dabei und bittet mir Dörseigen an. Ich bin beschämt und gekränkt, und ein kleiner, schwindelhafter Mann, der etwas Englisch kann,

Das hatte er gut gesprochen. Aber aus irgendeinem Grunde war der Arzt mit dieser Erklärung durchaus nicht zufrieden.

„Sie verlassen jetzt meine Wohnung, sofort“, sagte er leise. Er sprach überhaupt auffallend leise. Ich mußte seine Hände ansehen. Ich erinnere mich, sie ihrer Festigkeit wegen bewundert zu haben, als sie früher einmal nah an meinem Munde hantierten. Jetzt sah ich nur, daß sie rot und dick waren, wie sie aus dem weißen Leinenärmel herabhingen, daß raublonde Haare auf ihnen wuchsen, und daß sie bei ihrer scheinbaren Bewegungslosigkeit sich dennoch gleichsam veränderten, so, als ob sie sich zu etwas vorbereiteten.

Und so kam es denn auch.

Diese roten Hände befanden sich plötzlich zur Ueberraschung des kleinen Mannes, an seinem Rockausschlag. Er war so verblüht, daß er lächeln mußte. Diese Hand, so dicht unter seinem Arm, daß das Kinn sie nahezu körperlich spürte, was wollte sie nur? Er verzog über dies Erstaunen, sich loszureißen. Aber die Hand ließ ihn nicht lange ihre Absicht im Zweifel.

„Sie können mich aus Ihrer Wohnung hinauskompimentieren, mein verehrter Herr“, schrie der kleine Mann, „aber die Ehre, die Ehre, mein Herr, bleibt auf meiner Seite.“

Von der Ehre schien der kleine Mann überaus viel zu halten.

Aber er irrte sich, wenn er glaubte, daß man ihn kompimentieren wollte. Da er sich mit aller Macht seiner Zunge wehrte, stieß und puffte ihn der Wohnungsinhaber hinaus.

„Sie sollen ruhig sein“, wiederholte er dabei immer wieder mit seiner künstlich leisen Stimme, und das war immer wieder die Besorgnis um Durchlaucht, die Angst wegen Durchlaucht voraussehender Ungnade. „Sie sollen den Mund halten. Sie sollen still sein.“ Die Schwester stand lächelnd dabei.

Und dazwischen lagte die kleine Frau, denn ihr Mann hatte es sich zum Ziel dieses Kampfes gesetzt, bestimmt, aber ganz bestimmt nicht auf Befehl seinen Mund zu halten. „Das das doch“, sagte sie, „das hat ja keinen Zweck, das hat ja keinen Sinn, du ziehst uns ja bloß noch Unglück zu.“

„Und du?“ schrie der Mann, „und du hast überhaupt kein Geföhls für menschliche Würde; ein Stein würde schreien, wenn man ihm so begegnen würde, wie sie dir...“

„Rein Zahn, mein Zahn“, gab die Frau klagend zur Antwort: „Sieht er denn nicht, dieser Unmensch“, rief der Mann, „daß die Karte des kleinen Herzes ganz anders und heftiger erregt als es bei einem stämmigen, breitschultrigen Menschen der Fall sein würde.“ Ich verlange“, rief er... .

Da bekam der kleine Mann den letzten Stoß und befand sich jenseits der Tür. Sie schlug ins Schloß. Die kleine Frau stand schon auf der Treppe. Aber er — er begann nun mit dem Stiefel gegen das Holz zu knallen, und dabei schelle, schelle er unentwegt. Natürlich öffnete niemand. Es war wie Alarm, die Hölle schien Tatzfahre geworden zu sein. Durchlaucht kam erschreckt auf den Wohnungstür. Der Zahnarzt, rot bis ans raublonde Haar und dicker noch vor Erregung, entschuldigte sich unter vielen Verbeugungen, während von draußen her immer noch die Glocke raste.

Eine feine Welt, in der es einer Durchlaucht erlaubt ist, zu stöhnen, und einer kleinen Frau verboten ist, zu schreien. Ich nahm meinen Hut. Lieber wollte ich noch einen Tag länger meine „Krankheit“ ertragen (um mit den Worten des kleinen Mannes zu sprechen), als der Würde der Menschheit etwas vergeben.

Ich lief hinaus und sprang die Treppe hinunter. Verblüfft rief der Zahnarzt hinter mir her. Aber ich kam nicht zurück. „Was wollen Sie?“ schrie ich ihm von unten zu, „es macht Ihnen ja nun einmal Spaß, nur durchsichtige Beißer auszureißen.“

gibt dem Wärter recht und erzählt im ganzen Saal, was für ein Räummel ich sei. Dann marschieren wir gemeinsam in einen großen Saal, wo wir Abendrot kriegen. Ich bin hungrig und es schmeckt ausgezeichnet. Mir gegenüber sitzt ein junges Mädchen, das mir ab und zu einen Blick zuwirft. Ich bin ihr dankbar dafür. Ich bin müde und gehe bald zur Ruhe. Es wird lange nicht still. Es hustet und stöhnt und schlumpft. Ich schlafe ein, träume schlecht und mache bald wieder auf, weil mir die Wangen über den Körper laufen und mich beißen. Bald fühle ich, wie es überall anschwillt. Das Juden ist kaum zu ertragen. Ich stehe auf und verbringe die Nacht auf der Toilette.

Der zweite Tag wird zur Ewigkeit. Raus dürfen wir nicht. Das ist verboten und sie passen ziemlich scharf auf. Es sind Leute da, die schon monatelang hier eingesperrt sind. Die zweite Nacht verbringe ich auf der Erde. Mir graut vor dem derwanzten Bett. Ein junger Pole wird erwischt, als er zu den Frauen hineinschleichen will. Sein Mädchen ist dort drin, und es kommt beinahe zu einer Prügelei. Zum Glück merken die Wärter nichts davon, denn sonst hätte man ihn sicherlich wieder deportiert. Am anderen Morgen ist mir mächtig übel und der Kopf tut mir weh. Mein Freund und ich beschließen, auf den Hof hinunter zu gehen. Wir gelangen auch ins Freie. Drüben liegt New York und dazwischen der lebendige Hafen. Es ist ein sonniger Morgen und die frische Luft und der Wind tun uns gut. Dann bemerkt uns ein Wächter und wir werden abgeführt. Es gibt ein langes Verhör, wir verstehen kein Wort und uns ist ein bißchen bange vor den Folgen. Bis dann jemand auf Deutsch zu uns sagt, „also ausreisen müßtet ihr Bengel!“ Die haben wirklich gedacht, wir wollten nach New York rüber schwimmen, und jetzt müssen wir doch lachen.

Am Nachmittag des dritten Tages ruft ein Beamter laut meinen Namen. Ich kriege einen Schreck. Die Furcht, als hätte ich etwas verbrochen, steckt mir in den Gliedern. Denn hier ist ja alles verboten. „Nimm deine Sachen mit, du wirst abgeholt.“ Ich packe schnell zusammen und sage: Auf Wiedersehen. Man beneidet mich, daß ich gehen kann. Mir ist, als läme ich aus dem Zuchthaus, als wären es Jahre her, seit man mich hier eingesperrt hat. Und durch das Fenster sehe ich wieder die Statue der Freiheit, rot von der Nachmittagssonne.

Merkwürdiges von den Früchten der Eibe

Während sonst alle Teile unserer Eibe stark giftig sind, besitzen einzig und allein die Früchte diese Eigenschaft nicht. Es ist dies um so bemerkenswerter, als sonst bei unseren Giftpflanzen (z. B. Einbeere, Tollkirsche) gerade die Früchte der giftigste Teil der ganzen Pflanze sind. Diese auffallende Tatsache wird leicht erklärlich, wenn wir die Früchte der Eibe etwas näher betrachten. Diese beckerförmigen, scharlachroten Früchte erscheinen in sehr wechselnder Zahl, brauchen zwei Jahre zu ihrer Entwicklung und enthalten nur ein einziges Samenkorn; auch sind sie ziemlich schwer und besitzen keinerlei Hügelvorrichtungen zur Weiterverbreitung. Würden sie nun auch noch giftig sein, und daher von den beerenfressenden Vögeln gemieden werden, so wäre die Ausbreitungsmöglichkeit der Eibe eine sehr geringe, auf die allernächste Nachbarschaft des fruchttragenden Baumes beschränkt. Um sich daher weiterverbreiten zu können, muß die Eibe ungiftige Früchte besitzen, die von den Vögeln gefressen und weitergeschleppt werden. Vielleicht ist es auch nötig, daß die Samen der Eibe den Verdauungsapparat eines Vogels passieren, um keimfähig zu werden, wie das ja bei verschiedenen Pflanzen der Fall ist. Jedenfalls hat auch die scharlachrote Färbung der Früchte, durch die sie sich scharf von den dunkelgrünen Nadeln abheben, den Zweck, daß sie von den Vögeln leicht aufgefunden und verzehrt werden können.

Politische Folgerungen.

Das Gutachten des Bankierauschusses.

Am die Darstellung der deutschen Kreditlage, die wir gestern abend veröffentlichten, knüpfen die Baseler Bankfachverständigen politische Schlussfolgerungen:

Der Bericht führt aus, daß es zwei Mittel gebe, durch die Deutschland

ohne fremde Hilfe

möglicherweise eine Sanierung erreichen könnte:

Durch weitere Veräußerung von deutschen Auslandsaktiven. Diese beliefen sich Ende Juli immer noch auf 8 1/2 Milliarden Mark, aber die kurzfristigen Auslandsaktiven der Banken seien seit Ende 1930 um 40 Proz. verringert worden. Dabei sei zu bedenken, daß bedeutende Bankguthaben im Ausland für die normale Abwicklung der internationalen Handelsgeschäfte benötigt würden. Von den übrigen kurzfristigen Aktiven werde ebenfalls ein Teil in tausenden Geschäften benötigt, während ein anderer nicht leicht realisierbar sei. Es verblieben etwa 5 Milliarden langfristige Anlagen. Viele davon seien jedoch auch nicht rasch realisierbar, hierunter seien Unternehmungen wie z. B. Zweigstellen deutscher Industriefirmen oder Handelsniederlassungen usw. Das Komitee sei nicht der Ansicht, daß ein auf die Mobilisierung von deutschen ausländischen Anlagen gegründeter Plan durchführbar sei oder zur wirtschaftlichen Befundung Deutschlands beitragen würde.

Die zweite Möglichkeit besteht für Deutschland darin, eine Politik zu treiben, die auf den Erwerb von Devisen mittels

Herunterdrückung der Einfuhr und Forcierung der Ausfuhr gerichtet sei. Nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamts dürfe es Deutschland möglich sein, die Einfuhr in den letzten sechs Monaten des Jahres auf 2,5 Milliarden Mark zu drücken und andererseits die Ausfuhr auf 4,5 Milliarden Mark zu bringen. Die in der zweiten Hälfte 1931 zu bezahlende Einfuhr würde weiter vermindert werden, wenn die Anregung verwirklicht werde, daß Deutschland beträchtliche Mengen Waren gegen einen dreijährigen Kredit kaufe.

Selbst wenn man von dieser Möglichkeit absehe, sei zu bedenken, daß ein Exportüberschuß von 2 Milliarden Mark bei einem Gesamtexport von 4,5 Milliarden ein weiteres großes Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr mit sich bringe, als wenn sowohl das Niveau der Einfuhr als auch das der Ausfuhr höher läge. Es sei natürlich viel schwerer, einen Ausfuhrüberschuß in gegebener Höhe zu erwirtschaften, wenn die Preise niedrig seien und das Handelsvolumen klein sei, als wenn die Preise hoch seien und das Volumen groß sei. Gewisse Einschränkungen der Einfuhr im Verhältnis zur Ausfuhr und strikter durchgeführte Sparmaßnahmen sowohl bei den öffentlichen Ausgaben als auch bei manchen Formen des privaten Aufwandes würden erforderlich sein, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen jährlichen Verpflichtungen gegen das Ausland nachzukommen und die Schulden, welche es in den letzten Jahren aufgenommen habe, zurückzahlen. Aber eine Ausfuhr in beinahe der doppelten Höhe der Einfuhr — wenn sie tatsächlich durchführbar wäre — würde eine ernste Störung seines Wirtschaftslebens mit sich bringen. Die Aufrechterhaltung der Ausfuhr (wobei ein Teil auf jeden Fall zunächst aus den vorhandenen Vorräten bewirkt werden könnte) unter den in der letzten Zeit bestehenden Verhältnissen bringe den Verkauf von Waren zu sehr niedrigen Preisen mit sich, während die Drofflung der Einfuhr in dem vorgeschlagenen Maßstab ein niedriges Verbrauchsniveau in Deutschland bedinge.

Derartige Maßnahmen führten daher zu weiterer Verarmung und hoher Arbeitslosigkeit, bedingt durch Einschränkung des Handels. Dadurch werde zweifellos auch die Weltdepression verschärft. Wenn diese, wie zu befürchten sei, dazu führe, daß die anderen Länder zu Gegenmaßnahmen schreiten, um ihre Märkte zu schützen, so werde das Handelsvolumen noch weiter herabgedrückt. Der Ausschuh erachte es deshalb im allgemeinen Interesse für höchst unerwünscht, daß Deutschland gezwungen würde, eine derart schroffe Lösung zu wählen.

Die Finanzfachverständigen kommen daher zu dem endgültigen Schluß, daß es sowohl im allgemeinen Interesse als auch im Interesse Deutschlands notwendig ist,

1. das jetzige Volumen der deutschen Auslandskredite aufrechtzuerhalten und

2. auf alle Fälle einen Teil der zurückgezogenen Mittel aus ausländischen Quellen zu beziehen.

Es ist jedoch klar, daß, falls die von Deutschland benötigten weiteren Mittel in Form von kurzfristigen Krediten gegeben würden, gegen Deutschland dann einer noch größeren Schwierigkeit als jetzt gegenüberstehen würde bei Abdeckung der in sechs Monaten fällig werdenden Verpflichtungen, wenn nämlich die Prolongationsfrist der zur Zeit bestehenden Kredite abläuft. Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, daß derartige zusätzliche Kredite aus privaten Quellen gegeben werden.

Wir sind daher der Auffassung, daß zur Sicherung von Deutschlands finanzieller Stabilität alle weiteren Kredite in Form einer langfristigen Anleihe gegeben werden sollten, und daß diejenigen Teile der bestehenden kurzfristigen Kredite, die hierfür in Betracht kommen, in langfristige Verpflichtungen umgewandelt werden sollten.

Der zweite Teil unseres Auftrages weist uns die Aufgabe zu, die Möglichkeit der Aufnahme einer langfristigen Anleihe für Deutschland zu prüfen. Wenn Geldgeber aufgefordert werden, eine Anleihe dieser Art zu zeichnen, prüfen sie unter anderem die allgemeine Wirtschaftslage des betreffenden Landes, seine Handelsbilanz, um zu sehen, ob es den Anleihebedarfs aus eigenen Mitteln, und zwar entweder sofort oder in einer annehmbaren Zeit bestreiten kann, und den Staatshaushalt, um sich zu vergewissern, ob die Währung des Landes gesichert ist. Im Fall Deutschlands sind diese drei Faktoren keineswegs ungünstig. Die Londoner Konferenz hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Mangel an Vertrauen zu Deutschland, welcher die Kreditabziehungen verursachte, und damit die jetzige Krise so verschärft hat, durch die wirtschaftliche Lage des Landes nicht gerechtfertigt ist. Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung ist die rasche Erholung der deutschen Ausfuhr in den letzten Jahren. Die Zahlen der Handelsbilanz zeigen, daß Deutschland im Jahre 1929 umzuwandeln und im Jahre 1930 sowie in der ersten Hälfte des Jahres 1931 einen Ausfuhrüberschuß zu erreichen, obwohl dadurch in den späteren Stadien eine Senkung des Verbrauchsstandards bedingt war.

Die deutschen öffentlichen Finanzen sind von Zeit zu Zeit Gegenstand von Kritiken gewesen, die ihren Ausdruck in dem Bericht des

Dames-Ausschusses und später in den Berichten und anderen Mitteilungen des Generalagenten für die Reparationszahlungen fanden. Man kann hierzu nur bemerken,

daß die gegenwärtige Regierung unter schwierigen Verhältnissen den Beweis ihrer Enschlossenheit, Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine öffentliche Basis zu stellen, geliefert hat, und daß diese Politik, wenn sie streng fortgesetzt wird, entschieden dazu beitragen wird, Deutschlands Kredit zu stärken.

Es ist indessen in Anbetracht der Kurse, zu denen deutsche Wertpapiere an den Börsen der Welt notiert werden, klar, daß es ohne eine Wiederherstellung des Vertrauens in die finanzielle Zukunft Deutschlands unmöglich ist, eine langfristige Anleihe allein auf Deutschlands Kredit hin aufzunehmen. Schon die Fundierung der übermäßigen kurzfristigen Verschuldung würde dazu beitragen, die Lage zu bessern. Es bleiben aber zwei grundlegende Schwierigkeiten.

Die erste ist das damit verbundene politische Risiko.

Solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhen

und dadurch eine wesentliche Ursache innerpolitischer Schwierigkeiten für Deutschland beseitigt wird, ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt gegeben. Die zweite betrifft die äußeren Verpflichtungen Deutschlands. Solange diese Verpflichtungen, sowohl die privaten als auch die öffentlichen, entweder eine dauernde laminarartige Erhöhung der ausländischen Schulden Deutschlands oder aber ein derartiges Mißverhältnis zwischen seiner Einfuhr und Ausfuhr hervorgerufen, daß die wirtschaftliche Prosperität anderer Länder bedroht ist, wird ein Geldgeber die Lage kaum als gefestigt oder dauernd ansehen.

Solange die augenblicklichen oder zukünftigen Gläubiger Deutschlands nicht übersehen können, wie sich in dieser Hinsicht die künftige Lage Deutschlands entwickeln wird, besteht ein sehr ernstes Hindernis für die Gewährung neuer oder auch nur die Erneuerung bestehender kurzfristiger Kredite und für die Aufnahme einer langfristigen Anleihe.

Wir sind sicher, daß die Regierungsvorleiter, wenn sie auf der Londoner Konferenz die Verpflichtung übernommen haben, den Bankiers der Welt zu empfehlen, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um den Umfang der Deutschland bereits gewährten Kredite aufrechtzuerhalten, sich vollkommen dessen bewußt waren, daß ihr Vorschlag keine Lösung des Problems, sondern ein Mittel Zeit zu gewinnen war, in welcher Schritte für die Wiederherstellung des deutschen Kredits übernommen werden könnten. Aber die Zeit drängt. Der Wirtschaftskörper der Welt hat an einem seiner wichtigsten Glieder einen schweren Schlag erhalten. Dies hat zu einer teilweisen Bähmung geführt, die nur durch eine Wiederherstellung des freien Geld- und Güterverkehrs behoben werden kann. Wir glauben, daß dies aber nur bewerkstelligt werden kann, wenn sich die Regierungen aller Länder der Welt über die auf ihnen ruhende Verantwortung klar sind und umgehend Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, das Vertrauen wiederherzustellen. Nur wenn sie handeln, kann es wiederhergestellt werden. Wir halten es für wesentlich, daß sie

vor Ablauf der Prolongationsperiode der Kredite

der Welt die Gewähr bieten, einmal, daß die internationalen politischen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, welches die Vorbedingung einer jeden wirtschaftlichen Lösung ist, aufgebaut sind, und ferner, daß die von Deutschland zu leistenden internationalen Zahlungen nicht die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität gefährden.

Wir möchten jedoch wiederholen, daß das deutsche Problem ein Teil eines größeren Problems ist, welches auch viele andere Länder der Welt angeht. In diesem Zusammenhang wollen wir zweierlei bemerken:

1. Um die Nachfrage wieder anzuregen und dadurch die ständige Abwärtsbewegung des Preisniveaus aufzuhalten, welches Schuldner- und Gläubigerländer in gleicher Weise in einen circulus vitiosus der Depression verstrickt, ist es wesentlich, daß die Unterbringung neuen Kapitals wieder normal in Gang kommt. 2. Wir möchten darauf hinweisen, daß das Beispiel Deutschlands die eindrucksvollste Illustration der Tatsache ist, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht hat,

zwei verschiedene sich widersprechende politische Prinzipien zu verfolgen.

indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems zuließ, das die Jahreszahlungen großer Summen von Schuldner- und Gläubigerländern mit sich bringt, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg legt. Solange diese Hindernisse bestehen bleiben, müssen derartige Kapitalbewegungen naturgemäß das internationale finanzielle Gleichgewicht stören. Finanzielle Hilfsmaßnahmen allein werden nicht imstande sein, die wirtschaftliche Prosperität der Welt wieder herzustellen, wenn nicht die auf seine Obstruktion gerichtete Politik eine gründliche Uenderung erfährt und der Weltmarkt, von dem ja der Fortschritt jeglicher Zivilisation abhängt, seine natürliche Entwicklung wieder aufnehmen kann.

Die eindeutig abgegrenzte und technische Untersuchung, auf die wir unsere Aufmerksamkeit beschränkt haben, gestattet uns nicht, Anregungen politischer Natur zu geben. Wir haben es aber für unsere Pflicht gehalten, die Gründe auseinanderzusetzen, die uns zur Zeit unmöglich machen, endgültige Maßnahmen zu empfehlen, um für Deutschland langfristige Kredite zu sichern. Wir möchten aber hinzufügen, daß, wenn man dazu kommen sollte,

dem Geld gebenden Publikum wieder Vertrauen in Deutschlands zukünftige wirtschaftliche und finanzielle Stabilität einzujessen, nach unserer Ueberzeugung die Konsolidierung eines Teiles der deutschen kurzfristigen Verschuldung und die Beschaffung zusätzlicher Betriebsmittel für die deutsche Wirtschaft sicherlich keine ersten Schwierigkeiten bieten würde.

Es gibt viele Möglichkeiten, wodurch dieses Ziel erreicht werden könnte. Wenn wir davon absehen, dahingehende in Einzelheiten gehende Vorschläge zu machen, so geschieht dies nur in der Ueberzeugung, daß man sich erst zu Maßnahmen, auf deren Ergriffung wir keinen Einfluß haben, entschließen muß, ehe irgendwelche langfristigen deutschen Anleihen, wie gut sie auch gedeckt sein mögen, untergebracht werden können. Wir schließen mit der ersten Empfehlung an alle beteiligten Regierungen, in der Ergriffung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, um Deutschland und dadurch der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen.

Basel, 19. August.

Die Stillhalte-Bankiers hielten am Mittwochvormittag eine kurze und am Mittwochnachmittag noch einmal eine längere Besprechung ab, um noch gewisse banktechnische Spezialfragen in dem Stillhalteabkommen zu regeln. Die endgültige Unterzeichnung des Abkommens wurde dann in der Mittwoch-Nachmittags Sitzung vollzogen.

Katastrophe des Arbeitsmarkts.

Mehr als die Hälfte der Bauarbeiter feiern im Sommer.

Nunmehr liegt das Ergebnis der statistischen Erhebung über die Arbeitslosigkeit Ende Juli vor, soweit die Mitglieder der Gewerkschaften des ADGB in Betracht kommen. Insgesamt waren arbeitslos 31,6 Proz. gegenüber 30,2 Proz. Ende Juni; Kurzarbeiter waren 18,9 Proz. gegenüber 17,4 Prozent Ende Juni. Es ist also im Juli bereits eine fühlbare Verschlechterung eingetreten.

Diese Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist sowohl bei der Konjunkturgruppe wie auch bei der Saisongruppe festzustellen. Während die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften, die zur Konjunkturgruppe gezählt werden, von 24,8 Proz. auf 26,1 Proz. und die Kurzarbeit von 20,9 Proz. auf 22,7 Proz. stieg, ist die Arbeitslosigkeit in den zur Saisongruppe gerechneten Gewerkschaften von 54,1 Proz. auf 55,8 Proz. und die Kurzarbeit von 1,8 auf 1,8 Proz. gestiegen. Besonders bei der Saisongruppe ist es fassbar, wie dringend die Verkürzung der Arbeitszeit ist. Die Verschlechterung der Arbeitsnachfrage ist fast in allen Berufsgruppen eingetreten. Nur bei den Fabrikarbeitern ist eine geringfügige Verbesserung zu beobachten. Hier handelt es sich zweifellos um saisonale Einwirkungen.

Ganz besonders unerfreulich muß die katastrophale Arbeitslosigkeit in der Saisongruppe werden. Im Bauwerksbund waren mitten im Hochsommer nicht weniger als 56 Proz. der Mitglieder arbeitslos; bei den Steinarbeitern 55,1 Proz., bei den Malern 60,3 Proz. und bei den Zimmerern sogar 62,6 Proz. Hier spiegelt sich trotz der Wirkung der Drofflung des Baumarktes durch die Verweigerung der Hauszinssteuer zur Deckung des Finanzdefizits, unsere Finanzpolitik verbunden mit dem Lohnabbau und vor allem den Fehlleitungen in der Privatwirtschaft und der planlos betriebenen Rationalisierung haben eine beispiellose Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt geschaffen.

Die Massennot in Amerika.

Gouverneur von Pennsylvania fordert Sonderession des Kongresses.

Harrisburg, 19. August.

Der Gouverneur von Pennsylvania, Pinchot, hat an Präsident Hoover ein Schreiben gerichtet, in dem die Einberufung des Kongresses für eine Sonderession gefordert wird. Der Gouverneur begründet diesen Schritt mit der immer weiter um sich greifenden wirtschaftlichen Not infolge der Arbeitslosigkeit, die, wie er erklärt, zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung führen könne. In Pennsylvania belaufe sich die

Zahl der Arbeitslosen allein auf 900 000, das sei ein Viertel aller arbeitsfähigen Einwohner des Staates. Die privaten Wohlfahrtsvereine seien allein nicht imstande den Notleidenden zu helfen. Den Gemeinde- und Staatsbehörden seien einstweilen durch gesetzliche Vorschriften die Hände gebunden, so daß sie nicht helfend eingreifen könnten.

Englands Sanierungsmaßnahmen.

10prozentige Zollerhöhung?

London, 19. August. (Eigenbericht)

Die Arbeiterregierung beschäftigt sich am Mittwoch den ganzen Tag über mit den Sparvorschlägen des Sparauschusses. Die Beratungen wurden abends nach einer kleinen Pause fortgesetzt.

Die Londoner Blätter enthalten zahlreiche Nachrichten über die wahrscheinlichen Maßnahmen der Regierung. Alle diese Nachrichten Aien aber den tatsächlichen Absichten des Kabinetts vorläufig noch weit voraus. Sobald die Regierung ihre Beratungen abgeschlossen hat, wird sie mit den Parteien verhandeln. Erst dann dürften zuverlässige Angaben über die Sparaktion zu erhalten sein.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen, die angeblich ins Auge gefaßt werden, wie insbesondere der „Daily Herald“ gemeldet hat, gilt eine zehnprozentige Erhöhung des Finanzzolls. Bisher galt normalerweise Schatzkanzler Snowden als unbedingter Gegner jeder Zollerhöhung, während andere Kabinettsmitglieder weniger zurückhaltend sein sollen, weil sie auf dem Standpunkt stehen, daß ein weiteres unbedingtes Festhalten am Prinzip des Freihandels unmöglich sei, solange die ganze übrige Welt weiter dem Protektionismus huldige. Diese letztere Auffassung hat namentlich in manchen englischen Gewerkschaften an Boden gewonnen, wie schon auf dem letzten Gewerkschaftskongress zum Ausdruck kam.

Mord oder Selbstmord?

Eine gefesselte Leiche gefunden.

In den vorgerückten Abendstunden wurde aus dem Testimonial eine männliche Leiche gefaßt. Die Hände des Toten waren an der Brust zusammengebunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich bei dem Toten um den 26jährigen Ingenieur Hans Putall aus der Scheiblerstraße 9 in Berlin-Baumgartenweg handelte.

